

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 80 Pf., halbjährlich 1,50 Mk., jährlich 3,00 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inseizal für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Der neue Steuermann.

Die Not brennt auf den Fingern. Wenn nicht alles trägt, wird das, was die Regierungen eine Reichsfinanz-Reform nennen, die große Frage der nächsten parlamentarischen Zukunft sein. Als die Regierungen den Budgettarif einbrachten, war im wesentlichen die Erwartung größerer Erträge für sie mitbestimmend. Die wild schweifende Meer- und Flottenpolitik hat die Mittel des Reichs erschöpft, die Einzelstaaten finanziell zur Verzweiflung getrieben, und da vorläufig nicht abzusehen ist, wann Handelsverträge mit erhöhten Zollsätzen zur Wirklichkeit gelangen werden, so muß man sich nach schneellerer und zuverlässigerer Hilfe umsehen. „Reichsfinanz-Reform“ heißt das Raubwort, das gerade jetzt sein zehnjähriges Jubiläum feiern kann; im Jahre 1893 tauchte der erste Riquelshaus'sche Reichsfinanz-Entwurf auf, der wie auch ein zweiter folgender vom Reichstag abgelehnt wurde.

Herr v. Thielenmann mußte gehen, damit man durch den neuen katholischen und dazu böhrischen Finanzminister v. Stengel das Centrum zum Umfall auch auf dem finanzpolitischen Gebiete bewegen könnte.

Die Offizlösen sind bereits eifrig an der Arbeit, um für den Plan Stimmung zu machen. Einer dieser Finanzweisen wird in einem „unpolitischen“ Blatte sogar schwingend poetisch: „Das Grotteste des gegenwärtigen Zustandes besteht darin, daß ein so machtvolles politisches Gebilde wie das Deutsche Reich nicht in dem nötigen Umfange über eigne Einnahmen verfügt, finanziell vielmehr ein Kostgänger der deutschen Bundesstaaten, also in hohem Maße unselbständig ist.“

Das ist Wiemar'sch schlecht nachgeschwatzt, der vor 25 Jahren seine Schutzpolitik mit dem Bedürfnis der finanziellen Selbstständigkeit des Reichs begründete. In Wahrheit handelt es sich heute nicht darum, daß das Reich von den Einzelstaaten unabhängig werden soll, sondern die Einzelstaaten von dem Reich oder, was die eigentliche Absicht ist, man will die indirekten Steuern der Massen anspannen, um die direkten Steuern der Besitzenden schonen zu können. Dieser Kern steckt seit der Riquelshaus'schen „Reform“ in allen derartigen Plänen und wird auch das Wesen der Stengel'schen Projekte ausmachen. Die indirekten Steuern im Reich sollen gesteigert, die direkten Steuern in den Einzelstaaten gemäßig werden!

Verfassungsmäßig beruht die Finanzierung des Reichs auf den Matrularbeiträgen der Einzelstaaten. Und so sehr auch die Regelung der Matrularbeiträge mechanisch und unabweisbar eingerichtet ist, so hat es nicht „grottest“, sondern im Gegenteil die notwendige Konsequenz der Reichsverfassung, daß die Einzelstaaten für die Politik des Reichs finanziell haften, die sie doch entscheidend bestimmen. Es sind die im Bundesrat vertretenen Einzelregierungen, welche die Meer- und Flottenvorlagen beschließen. Da wäre es allerdings äußerst grottest, wenn die einzelstaatlichen Regierungen zwar dem Reich Ausgaben ins Blaue hinein bewilligen könnten, die Beschaffung der Einnahmen aber lediglich dem Reich überlassen würde. Auf diese Weise würde, wie schon einmal im „Vorwärts“ bemerkt wurde, das Reich zu einer jener faulen Tochtergesellschaften der Einzelstaaten, auf die alle unrentablen und verlustreichen Geschäfte abgeschoben werden. Dazu kommt, daß die Einzelstaaten wesentlich auf dem direkten Steuersystem beruhen, so daß auch die Besitzenden es fühlen, wenn die Steuern infolge der Reichsvergrößerung wachsen. In dieser Verpflichtung der Einzelstaaten, zu den Ausgaben des Reichs beizutragen, liegt mithin bis jetzt die einzige Hemmung der sinnlosen Kasernen- und Panzerplatten-Politik des Reichs. Und diese Hemmung will man nun los werden, die Einzelstaaten, weil sie an der finanziellen Haftung für das Reich zu Grunde gehen, das Reich, um im Bundesrat und bei den herrschenden Massen keine Schwierigkeiten bei neuen militaristisch-marinistischen Vorstößen zu haben.

Die heilsame Wirkung der Matrularbeiträge war schon seit der Einführung der Schutzzölle abgeschwächt und fast in ihr Gegenteil verandelt. Die Frankenstein'sche Klausel, die bestimmte, daß alle Reichseinnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern, die über 130 Millionen betragen, an die Einzelstaaten überwiesen würden, hatte zur Folge, daß die Einzelstaaten Stipendiaten des Reichs wurden; sie bekamen mehr heraus, als sie zahlen mußten, sie maßten sich mit an der Vollschatzung durch indirekte Steuern, die das Reich betrieb. Die Verschwendungswirtschaft des neuen Reiches aber hat es schließlich zu Wege gebracht, daß die Verpflichtung zu Matrularbeiträgen wieder für die Einzelstaaten fühlbar wurde; sie mußten mehr zahlen, als sie bekamen. Durch eine auschweifende Anleihenwirtschaft wurde die schroffe Umkehrung des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten noch verschleierte, eine Pumpschwärze, die so weit ging, daß selbst ordentliche laufende Ausgaben im letzten Etat durch eine verfassungswidrige Zuschußanleihe gedeckt wurden. Immerhin müßten die Einzelstaaten Geld für die Reichsausgaben herausdrücken, die ihre Regierungen im Bundesrat leichtfertig beschlossen hatten. Der Jammern der Einzelstaaten über solche Konsequenzen ihres eignen Verhaltens brachte dann die „Finanzreform“ in Bewegung: Reich und Einzelstaaten sollen finanziell vollständig getrennt werden, d. h. die Einzelstaaten legen dem Reich zwar die Ausgaben auf, aber sie drücken sich um die Bezahlung. In dieser Trennung liegt sich der Kampf zu zwischen direkten und indirekten Steuern, zwischen den Besitzenden, die sich von Steuern entlasten wollen, und den Proletariern, auf die die Kosten der lediglich für die Lieferanten produktiven Reichsausgaben abgewälzt werden sollen.

Schon vor einigen Tagen hatten offiziöse Blätter die Stengel'schen Finanzreformpläne mit aller Deutlichkeit angekündigt:

„Allmählich sind die Verhältnisse für die Einzelstaaten nun so bräunend geworden, daß eine Ordnung in der einen oder anderen

Form notwendig eintreten muß, sonst steuern diese einer finanziellen Katastrophe zu. Die verbündeten Regierungen scheinen zunächst die Ergebnisse der neuen Handelsvertrags-Beratungen abwarten zu wollen, ehe sie mit bestimmten Vorschlägen in dieser Hinsicht hervortreten. Da sich eine Heranziehung der direkten Steuern für Reichszwecke von selbst verbietet (!), wird sich ihre Reform voraussichtlich an die alten Riquelshaus'schen Vorschläge wieder anlehnen, unter einer stärkeren Beförderung des Tabaks und Bieres. Der neue Leiter des Reichsschatzamts war seiner Zeit ein warmer Befürworter der Grundgedanken der Riquelshaus'schen Pläne.“

Etwas vorsichtiger, aber doch hinreichend klar hat der neue Schatzsekretär jetzt selbst in einer vom Volkischen Bureau weiter verbreiteten Unterredung mit dem Redakteur eines Münchener Blattes die Finanzreformpläne dargelegt. Herr v. Stengel erklärte:

„Was die Frage der Reichs-Finanzreform betrifft, so müsse man die Sachlage möglichst nüchtern auffassen. Er glaube, daß man sehr zufrieden sein könne, wenn es demnächst gelänge, ein Einverständnis unter den gesetzgebenden Faktoren über die Beseitigung der schlimmsten Uebelstände herbeizuführen, die im Laufe der Jahre allmählich hervorgerufen seien, und wenn es insbesondere gelänge, die verwinkelten finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten klarer zu ordnen und im Reichshaushalt die sehr erwünschte größere Stetigkeit herbeizuführen. Es müßte auch bald der Anfang mit einer planmäßigen Schuldentilgung gemacht werden; zunächst bedürfte es aber einer Sanierung des Reichs-Invalidentfonds, der im Augenblick sehr im Regen liege und dessen Sanierung er für besonders dringend erachte; das weitere werde man wohl der Zukunft überlassen müssen. Von der Eröffnung neuer, dauernder Steuerquellen im Reich — er wisse nicht, wie der Reichskanzler darüber denke — lasse sich schwer etwas sagen, bevor nicht feststehe, welche Mehrerträge der neue Zolltarif bringen werde und wie weit mit ihm die künftigen Handelsverträge die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen würden.“

Jede „Ordnung“ des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten bedeutet unter den obwaltenden Verhältnissen die Beseitigung der Matrularbeiträge, also die Loslösung der Einzelstaaten von der finanziellen Haftung für ihre eignen Bedürfnisse in der Reichspolitik, und die Einführung neuer indirekter Reichsteuern, in erster Linie auf Tabak und Bier. Diese „Reform“ wäre also ein Rückschritt schlimmster Art. Sie widerspricht außerdem dem Flottengesetz, das die Einführung weiterer indirekter Reichsteuern verbietet, wenn auch selbstverständlich niemand daran zweifelt, daß das Centrum auch für diesen neuen Verrat seiner Grundsätze zu haben wäre.

Ist also der bisherige Zustand dem „reformierten“ vorzuziehen, so bleibt auch er unholdbar. Die Notwendigkeit einer finanziellen Auseinandersetzung zwischen Reich und Einzelstaaten erkennt auch die Socialdemokratie an. Sie darf aber nur in der Weise geschehen, daß das Reich zu direkten Steuern übergeht, unter denen die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftsteuer für die Einzelstaaten am wenigsten störend wäre.

Direkte Steuern im Reich — das ist eine der entscheidenden Fragen unserer gegenwärtigen Politik. Sie bedeuten einmal eine Stärkung des Parlaments insofern, als es damit erst die materielle Möglichkeit erhält, über die Einnahmen des Reichs zu bestimmen. Direkte Steuern zwingen weiterhin die herrschenden Klassen, die finanziellen Folgen ihrer Politik auf sich zu nehmen und hemmen dadurch den Bewilligungseifer. Sie entlasten endlich die Massen von der drückendsten und ungerechtesten Kopfsteuer. Gegenüber der Finanzreform mit Tabak und Bier arbeitet die Socialdemokratie auf eine Finanzreform hin, die das Reich von den direkten Steuern der Einzelstaaten nur unter der Bedingung löst, daß das Reich selbst zu direkten Steuern, vornehmlich auf Besitz und Erbe, übergeht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August.

Die Wahlrechts-Krise in Sachsen.

Die Wahlrechts-Krise wird akut! Rumore ist sicher anzunehmen, daß die Dreiklassenwahl für den Landtag bestehen bleibt. Die Regierung hat es nicht für nötig befunden, die Mitteilungs der national-liberalen „Dresdener Zeitung“ zu dementieren, nach der die Regierung die Beibehaltung des Dreiklassen-Wahlrechts mit der Abänderung wünscht, daß jede Klasse ihre Abgeordneten selbst wählen solle. Mag diese Mitteilung auch nicht erschöpfend sein, aber sie ist im wesentlichen glaubhaft. Andre unbedeutende Modifikationen fallen diesem Grundzuge der Regierungsvorhaben gegenüber nicht ins Gewicht. Auch das Verhalten der Wahlrechtsdrüber im national-liberalen und konservativen Lager kann nur als eine Bestätigung jener Mitteilung gelten. Die National-liberalen sind, seit sie Kenntnis von diesem Pläne haben, beflissen, der Regierung noch einige kleine Abänderungen zu präsentieren, die der Begünstigung der Agrarier und Konservativen eine kleine Einschränkung aufzulegen. Und die Konservativen berechnen sich noch halbhartiger, um die Regierung noch weiter zurückzudrängen. Aber etwas, das steht alle Welt ein, muß nun ja doch in der nächsten Landtagssession geschehen, soll die sächsische Politik nicht als narrenhausreif signalisiert werden.

Wird das Dreiklassen-Wahlrecht trotz aller Änderungen bestehen, dann wird es im nächsten halben Jahre eine gewaltige Volksbewegung in Sachsen geben. Von dem Tage ab, an dem die Regierung dem Landtag resp. der Versammlung ihre Wahlrechts-Vorlage unterbreitet, wird die Socialdemokratie das Volk gegen das neue Wahlrecht aufrufen und die Landtags-Verhand-

lungen mit einer öffentlichen Volksdiskussion begleiten, die dem Wahlrechts-Landtag keinen Zweifel über die Würdigung seiner Thätigkeit lassen werden. Dann tritt die socialdemokratische Agitation in ein andres Stadium und wird auch dann den Beweis erbringen, daß sie die Gelegenheit so beim Schopfe zu erfassen weiß, daß dem Volke die Notwendigkeit der socialdemokratischen Opposition noch viel eindringlicher erscheinen muß, als bisher. Daran wird die Socialdemokratie auch nicht gehindert werden durch die bekannte Eingriffslustigkeit der Behörden, denn noch immer ist sie gerade der schwierigsten Situationen Herr geworden.

Die Heimlichthuererei, die nichts Offizielles über ihre Absichten bezüglich des Wahlrechts verlauten läßt, und die sie wahrheitsgemäß bis zur Eröffnung des Landtags weiter treibt, nützt der Regierung nichts. Müßt sie dann endlich doch mit neuen Beweisen ihrer rücksichtslosen Wahlrechtsansichten heraus, wird sich die socialdemokratische Opposition nur um so intensiver mit ihnen befassen, die Volksbewegung erhält dann einen spontanen Charakter. Um so besser — für uns. Innerhalb der Partei wird man sich auf eine sehr bewegte Kampfperiode einrichten. Große Demonstrationen werden die ununterbrochene Agitation gegen die Verewigung des Dreiklassen-Wahlrechts einleiten müssen, wozu die ganze Landtagssession immer neuen Stoff liefern wird. Die Wahlrechtskrise wird also akut! —

Deutsches Reich.

Sonn Katholikentage.

8. u. 9. August. (Fig. Ber.)

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Katholikentage, daß sie keine Tagesordnung kennen. Es wird nur angegeben, wann und wieviel Versammlungen sein sollen; was darin vorkommt, weiß kein Mensch, das zu bestimmen, ist Sache des Präzidenten, der auf diese Weise die ergiebigste Gelegenheit hat, die Versammlungen spannend zu gestalten und mit Ueberraschungen zu unterhalten. Indessen das entspricht der Gemüthsart der Teilnehmer, denen es unerwartet ist, was geredet wird, wenn nur geredet und ihnen Gelegenheit gegeben wird, ihren Ueberschuss an Begeisterung durch reichliche Weisfalls-spenden an den Mann zu bringen. Dafür ein Beispiel: In der gestrigen öffentlichen Versammlung wurde der Besuch des Kardinals Ferrari von Mailand angekündigt, was natürlich den solcher Gnade angemessenen Weisfallssturm entfesselte. Als dann der purpur-geschmückte Gast eintrat, erhob sich die zehntausendköpfige Menge zu einer minutenlangen Ovation. Donnernde Hochs erschallten, aber offenbar auf Verabredung setzten stimmgebaltige Männer im geistlichen Gewande mit „Evidua“ ein; das katholische Volk von Köln und Umgebung gehorchte der Anweisung und bald beherrschte der italienische Huldigungsruf den weiten Saal. Die Kenntnis des Italienischen machte reichende Fortschritte. Als der Kardinal sich zu einer Rede in der Sprache seines Landes erhob, da hatte auch der simpelste Gispastor und der urldnischste Pfaffen die Sprache Dantes in einer Weise erfaßt, daß er jeden Satz, ja jedes Wort des Redners mit donnerndem Weisfall begleitete. Wir lesen in der Bibel, daß am Pfingsttage die Jünger Jesu zum Erstaunen des Volkes in fremden Sprachen redeten; warum sollen die Teilnehmer des Katholikentages unter dem begnadenden Einfluß zweier Kardinalen nicht der Gabe teilhaftig werden, fremde Sprachen wenigstens zu verstehen! —

Den Bayern ist auf dem Kölner Katholikentage große Ehre zugefallen worden. Herr Ortner aus München ist Präzident und Herr Schäbler aus Bamberg war berufen, den 50. Katholikentag auf die gehobene Höhe zu bringen, die bisher nur laus Stimmung zu erreichen und durch die rechte Jubelstimmung zu erreichen. Herr Schäbler ist einer der wenigen Redner, die mit ihrer Stimme den weiten Raum der Festhalle auszufüllen vermögen, er holt den Weisfall aus der verlorensten Ecke heraus, er berieft es außerdem, den alten Schlagworten neue Pointen aufzulegen und Dinge zu sagen, vor denen die Diplomaten des norddeutschen Centrums zurück-schrecken. Der bayrische Prälat prius das katholische Volk als den Schöpfer und Erhalter der Autorität; wie 1848, wo die Thronen krachten, stelle sich auch jetzt das katholische Volk der gefährdeten Autorität zur Verfügung. Verbindung: Freiheit der Kirche und gleiches Recht für alle, d. h. Parität! Das ist ja nichts Neues, das ist der Keim aller Reden aller Katholikentage, aber es gewinnt durch die Art, in der Schäbler es sagte, durch den von ihm und anderen Rednern geistlich betonten Zusammenhang mit der Socialdemokratie und ihren letzten Wahlerfolgen besondere Bedeutung: das Centrum und die Kirche stellen sich noch williger als bisher der Regierung im Kampfe gegen die Socialdemokratie zur Verfügung. Nun, die Socialdemokratie ist auch noch da, und die vereinigte Reaktion wird wohl gerüstet finden.

In den geschlossenen Generalversammlungen wird unterdes in gemächlichem, nur durch die üblichen Weisfallsstürme unterbrochenen Gange ein Antrag nach dem andern angenommen, wie das vom Gehorsam des katholischen Volkes seinen Führern gegenüber geizt. Einer der Anträge der Sektion für die soziale Frage verdient erwähnt zu werden, er fordert zur „Fürsorge“ für die auf dem Lande heranwachsende männliche Jugend „Bauerarbeitsvereine“. Das Centrum fühlt, daß es auch auf dem Lande seines Anhangs nicht mehr sicher ist und namentlich die zur Stadt einwandernden jungen Leute verliert — daher das neue Werk ultramontaner Socialpolitik! —

Köln, 27. August. (Tel.) In der heutigen vierten öffentlichen Versammlung verlas der Präzident Dr. v. Ortner folgendes Schloß Wilhelmshöhe, den 27. d. datiertes Telegramm: Seine Majestät der Kaiser und Königin haben den Huldigungsgruß der diesjährigen Jubiläums-Generalversammlung der Katholiken Deutschlands mit Freuden entgegengenommen und lassen das Präzidium ersuchen, der Generalversammlung für den Ausdruck treuer Ergebenheit allerhöchst ihren wärmsten Dank auszusprechen. Auf allerhöchsten Befehl: Geheimrer Kabinettsrat v. Lucanus. — Nach der Verlesung erschall für mich der Weisfall. Dr. v. Ortner bemerkte: Unsere Huldigung hat ein freundschaftliches Echo gefunden, mögen wir darin eine gute Vorbedeutung für die Zukunft erblicken. Der Redner brachte sodann ein freudig aufgenommenes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus. Hieraus sprach Herr v. Herling.

München über die verstorbenen Männer der katholischen Wissenschaft, beginnend vom Jahre 1863. Den nächsten Vortrag hielt Oberlehrer K. u. m. r. v. Gellenkirch über Volksbildung.

Präsident Dr. von Orterer hält eine Schlussansprache, in der er allen, welche zum Gelingen der Versammlung beigetragen haben, dankt und nach einem Rückblick auf die geleistete Arbeit Kardinal Fischer um seinen Segen bittet. In seiner Erwiderung betont dieser seine Freude über die Kundgebung der Arbeiter, die nie der Partei des Unfortuges verfallen würden. Er beklagt dann die Ständehaltung in Deutschland, die man als großes Unglück tragen müsse; aber wehe dem, der diese Klust erweitern möchte. Nachdem noch Kardinal Ferrari gesprochen, erteilt Kardinal Fischer den Segen, worauf der Katholikentag geschlossen wird.

Herr Giesebrecht will Aufklärungen geben. Im „Regensburger Morgenblatt“ ist zu lesen:

„Herr Dr. Giesebrecht ersucht uns telegraphisch um die Aufnahme der Erklärung, daß er gegenüber den Verdächtigungen des sozialdemokratischen Hauptblattes „Vorwärts“ in Berlin authentische Aufklärungen veröffentlichen werde. Es handle sich um zeitlich weit zurückliegende Verhältnisse, die der „Vorwärts“ als jehige ausbeutet.“

Der „Vorwärts“ hat nur mitgeteilt, was in Herrn Giesebrechts Äußerungen zu lesen ist; danach liegt der Beginn seiner Äußerung nur fünf bis sechs Jahre zurück und die von ihm behauptete Verhöhnung aus der preussischen Regierung nur etwa ein Jahr. Hoffentlich hält sich Herr Giesebrecht mit den ganz erwünschten Aufklärungen an diese Äußerungen.

Die Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist bekanntlich von der Regierung den Agrariern zuliebe noch in wohlthätigem Dunkel gelassen worden und dort gedeiht sie zum Nutzen der armen Junger, aber zum Schaden des Volkes in der üppigsten Weise. Bei Beratung des jetzigen Kinderschutzgesetzes hat sich aber doch der Reichstag dazu aufgeschwungen, Erhebungen auch über die Kinderarbeit in der Landwirtschaft und in der Hausarbeit zu fordern. Es wird nun gemeldet, daß der Reichstagskanzler sich jetzt mit den Landesregierungen in Verbindung gesetzt hat, um diese Erhebungen einzuleiten. Es muß abgewartet werden, wieviel dabei herauskommen und wann es herauskommen wird. Waren schon die Erhebungen über die Kinderarbeit im Gewerbe nichts weniger wie unerwartet, so fürchten wir, werden die Erhebungen über die Landwirtschaft noch mehr zu wünschen übrig lassen.

Kaiserferien. Aus Anlaß der Anwesenheit des Kaisers in Merseburg zu Anfang September d. J. bleiben, wie gemeldet wird, sämtliche städtischen Schulen vom 3. September (Donnerstag) bis einschließlich 7. September (Montag) geschlossen. Nur die Sedanfeier wird nicht veräußert, zu der die Kinder Donnerstag, den 3. September, auf kurze Zeit zur Schule kommen müssen. Die Schulkinder werden dadurch allerdings von einem begreiflichen Patriotismus erfüllt werden und gewiß wünschen, der Kaiser möchte das ganze Jahr hindurch in Merseburg bleiben.

Patriotischer Festzug wird jetzt in Kassel in großem Umfange entfaltet, um dem Kaiser, der die Stadt besucht, das Alltagsleben fernzuhalten. Auf Stadtfesten wird ein Mittertag ausgedehnt, dessen Kosten man auf ca. 20 000 M. veranschlagt. Die Mehrzahl der Redalle zeigt 173 Ladungen zur Ableistung des Offenbarungseides innerhalb drei Wochen beim königlichen Amtsgericht Kassel.

Für die Ueberschwemmten in Schlesien hat der hiesige französische Vorkämpfer dem auswärtigen Amte namens des Präsidenten der Republik 5000 Fr. übergeben.

Unternehmenshochnäsigkeit. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes hatte bekanntlich an den Verein für bergbauartige Interessen eine Eingabe gerichtet, er möge auf seine Mitglieder zur Entschädigung an die wurmkranken Bergarbeiter und zu Maßregeln gegen die Wurmkrankheit sowie zur Abstellung sonstiger Mißstände einwirken. Darauf erhielt der Verbandsvorstand jetzt folgende Antwort:

„Auf Ihre Eingabe vom 5. August d. J. erwidern wir Ihnen, daß wir Ihre Verechtigung, Verhandlungen für die Verlegung des Ober-Bergamtsbezirks Dortmund zu führen, nicht anerkennen können und daher auch auf eine Erklärung über die von Ihnen vorgebrachten Beschwerden verzichten müssen. Sie werden inzwischen sich davon überzeugen haben, daß der Verein und die ihm angehörigen Personen in der wohlwollenden Fürsorge für die Bergleute selbst durch den Arbeitgebern feindliche Kundgebungen nicht beirrt werden.“

Diese Antwort ist nicht nur hochmüßig sondern auch dümm. Der Verband ist jetzt schon stark genug, daß er die Führung der Verlegung des gesamten Ruhrreviers hätte, sobald ein offener Konflikt ausbräche; es würde dann den Unternehmern sehr schnell klar werden, daß der Verband die Macht besitzt, im Namen der Verlegung zu sprechen, und die Herren würden wohl gezwungen sein, diese Macht anzuerkennen. Und wenn es ihnen Ernst ist mit der oft gegebenen Versicherung, daß sie mit den Arbeitern in Frieden leben wollen, dann thäten sie nur gut, die Verechtigung der Organisation auch schon in Friedenszeiten anzuerkennen. In thatsächlicher Hinsicht sei noch bemerkt, daß die im Ruhrrevier herrschenden Zustände schon längst wieder zu einem offenen Konflikt geführt hätten, wenn der Verband nicht friedensstiftend wirkte.

Das „Rechtbewußtsein“ der „konservativen Korrespondenz“, das wir allerdings noch niemals mit dem öffentlichen Rechtswußtsein verwechselt haben, sträubt sich dagegen, daß den Redakteuren des „Vorwärts“ die Verechtigung vom Zeugniszwang zu teil wird, die wir gestern für die Presse überhaupt gefordert haben. Wir bleiben trotzdem bei dieser Forderung und vergeten nicht Gleiches mit Gleichem: wir schließen die konservative Presse ausdrücklich in unsere Forderung ein, obwohl wir im besondern die „konservative Korresp.“ samt ihren Kostgängern als ungeeignete Gegner zu einer Auseinandersetzung über öffentliche Moral und das Ansehen der Presse betrachten.

Wer wollte wohl mit einem Inhäler über Sittlichkeit diskutieren!

Zur Abänderung der Konkursordnung wird dem Reichstage bei seinem Zusammentritt eine Petition des Deutschen Oeremmeisterbundes zugehen, die volle Berücksichtigung verdient. Die Petition ist darauf gerichtet, daß unter die bevorzugten Forderungen nach § 61 Absatz 1 der Konkursordnung auch die Kauttionen aufgenommen werden sollen, die von Angestellten dem Unternehmer zu leisten sind. Der Petition wird eine ausführliche Begründung zum Nachweise der Verechtigung dieser Forderung beigegeben.

Verhütung von Eisenbahn-Unfällen. Nach der „Vossischen Zeitung“ hat der Eisenbahnminister an die Präsidenten der Eisenbahndirektionen einen Erlaß gerichtet, worin er sagt, daß die in letzter Zeit mehrfach vorgekommenen Eisenbahnunfälle meist dadurch veranlaßt werden, daß bestimmte und klare Vorschriften über die Handhabung des Betriebes nicht genügend beachtet oder Veränderungen in der Geleislage durch Untertauschung usw. nicht rechtzeitig bemerkt und abgestellt worden sind. Der Minister beantragte daher die Präsidenten, dafür Sorge zu tragen, daß den im äußeren Betriebsdienst und im Bahnunterhaltungsdienst beschäftigten Beamten und Bediensteten die genaueste Beachtung aller ihnen für die Sicherung des Betriebes sowie für die Unterhaltung und Ueberwachung eines betriebssicheren Zustandes der Bahn erteilten Anweisungen wiederholt eingeschärft und nur solches Personal beschäftigt wird, das die ihm erteilten Vorschriften für den Betriebsdienst und die Bahnunterhaltung nicht nur kennt, sondern auch versteht und richtig anzuwenden weiß. Die Vorgefetzten haben durch unausgesetzte und eingehende Aufsicht die pünktliche Ausführung der gegebenen Vorschriften zu überwachen und dabei zugleich beschend und beruhigend auf die Untergebenen einzuwirken. Der Minister setzt ferner mit Bestimmtheit voraus, daß die Ueberwachung der Betriebssicherheit und des baulichen Zustandes der Bahn nicht etwa dadurch beeinträchtigt wird, daß die Stellvertreter der auf Urlaub weilenden

Beamten nicht die gebotene Aufsicht führen. Bei der Erteilung von Urlaub haben die Präsidenten hierauf ihr ganz besonderes Augenmerk zu richten.

Solche Erlasse sind zwar außerordentlich billig, können an bestehenden Mißständen aber nichts ändern.

Offensatz, 26. August. (Fig. Ver.) Ein hiesiger Arbeiter muß eine unüberlegte Verhöhnung schwer büßen. In angetrunkenem Zustande und sehr ärgerlicher Stimmung soll er sich einer Gotteslästerung schuldig gemacht haben. Eine Frau, die die Autorität des lieber Gottes wohl ernstlich bedroht glaubte, demüthigte den armen Teufel und hat nun die große Gemüthung, ihn für sechs Monate hinter Schloß und Riegel zu wissen.

Duell und Preßsünder.

Wir berichteten gestern von dem Duell, das infolge des Konfliktes zwischen Krankenlaffen und Ärzten in Mühlhausen in Thür. zwischen zwei Ärzten stattgefunden und schließlich den Tod des einen Arztes zur Folge hatte; wir berichteten weiter, daß der überlebende Arzt, ein Dr. Schwarz, verhaftet und die Leiche des toten Arztes vor der Verbrennung in Götting beschnitten wurde. Wir können heute nach dem „Mühlhauener Generalanzeiger“ schon berichten, daß der Herr Dr. Schwarz nach einigen Stunden Wagenfahrt von Seebach nach Mühlhausen hier sofort vernommen und wieder entlassen wurde. Es ist wirklich eine Freude, wie schnell und menschlich diese Justiz arbeitet.

Unser Kollege Leid aber muß nach wie vor, trotz jeder angebotenen Kaution übrigen und obwohl jeder Fluchtverdacht selbst von unseren Gegnern für absolut ausgeschlossen erachtet wird, hinter den Gefängnismauern schmachten, dafür ruht auf ihm freilich auch nicht der Verdacht, ein Menschenleben auf dem Gewissen zu haben.

Ausland.

Die Vicepräsidentenfrage in der Verlesung der „Petite République“.

In der „Petite République“, dem Organ der Jaurésisten, leistet sich Gérauld-Richard, Chefredakteur dieses Blattes, folgende, ansehnend ernstgemeinte Betrachtung der Vicepräsidentenfrage. Ein Kommentar dazu ist überflüssig; bemerken möchten wir nur, daß Herr Gérauld-Richard unfres Wissens kein Wort Deutsch versteht — und wahrscheinlich nicht viel mehr von den deutschen Parteiverhältnissen:

„Diese Frage hat unter unsren deutschen Genossen außerordentlich scharfe Polemiken hervorgerufen. Die einen sind dafür, die andern dagegen. Trotz der Festigkeit, welche die Diskussion mitunter erreicht, hat noch niemand die Exkommunikation seiner Gegner verlangt. Es ist wahr, keiner der heiligen Streiter der Sozialdemokratie hat noch davon geträumt, diejenige Stadt, die ihn gewählt hat, als das Mecca des Sozialismus zu errichten. So entbehren die deutschen Sozialisten eines Propheten, der ihnen von Zeit zu Zeit die heiligen Dogmen entfällt, außerhalb welcher es ihnen untersagt ist, nach der „Klassenwahrheit“ zu suchen, und aus demselben Grunde haben sie sich noch nicht zu der heiligen kirchlichen Routine unserer Revolutionäre aufgeschwungen, die es fertig bringt, daß alle vier oder fünf Jahre die eine Hälfte der französischen Sozialisten durch die andre exkommuniziert wird, um dann ihrerseits eines Tages wieder durch jene mit dem Kirchenbann belegt zu werden.“

Der Genosse Kautsky hat einen Augenblick gehofft, daß diese Aera anbrechen würde. Er hofft es vielleicht noch. Die einsichtigen Genossen thun ihr möglichstes, daß diese Hoffnung des Genossen Kautsky ebenso weit von der Wirklichkeit entfernt bleibt, wie — die Entbedungen, die er in der Tiefe seines Schreibpultes über das unbewegliche, bäuerliche Eigentum gemacht hat, aber die politische Bewegung aller Länder und über andres, wenn's nur thut.

Die Gegner der Vicepräsidenten-Kandidatur folgern ihre Unmöglichkeit für einen Sozialisten daraus, sich dem Brande anzupassen, demzufolge das Reichstags-Bureau in corpore dem Kaiser einen Besuch macht und ihm seine Konstituierung anzeigt. Sie fürchten ohne Zweifel, daß ein einfacher Blick des kaiserlichen Auges den, der ihm Stand hält, in eine Salzsaule verwandelt.

Einstmals schrahen die Republikaner Frankreichs vor der Verpflichtung zurück, als Mitglieder des gesetzgebenden Körpers dem Kaiser den Treueid zu leisten. Dann erkannten sie, daß dies den Widerstand der Regierungsgewalt gegen die demokratische Opposition zu sehr erleichtern würde, und sie legten dem, was im ganzen genommen nur eine Formalität in Worten war, keine Wichtigkeit mehr bei. Dieselben Bedenken bedrückten Liebknecht, als er sich im sächsischen Landtag befand, und sie wurden von ihm aus demselben Grunde aufgegeben.

Es gehört in der That die ganze Kindlichkeit derjenigen dazu, welche die Revolution in mehr oder weniger heldenhafte Attitüden oder in mehr oder weniger revolutionären Worten bestehen lassen, um solchen Einzelheiten überhaupt irgend eine Wichtigkeit beizumessen. Es giebt nur eine Ueberlegung, die in den Augen aller gewissenhaften, überlegten und vernünftigen Menschen etwas gilt, nämlich diese: Gewinnen unsre Partei und das Proletariat, welches sie befreien will, an Einfluß und Ansehen, wenn einer der Unsrigen im Bureau des Parlaments sitzt? Giebt diese Teilnahme an der Leitung des Reichstages unsrer Partei und dem Proletariat mehr Macht gegen die Regierung, mehr Kraft für die Agitation?

Wenn ja, dann giebt es kein Zaudern! Alle formalen Epithetendigkeiten, die durch die theoretischen Schwärmer der Quintessenz des Nihilismus aufgeworfen werden, zerfallen vor dem einfachen gesunden Menschenverstand. Darf ein Sozialist seine Augen nicht zu Wilhelm von Hohenzollern erheben? . . .“

Frankreich.

Redemptoristen-Ausbreitung. Ueber die Vorgänge bei der Vertreibung der Redemptoristen aus Sables wird gemeldet: Die Insassen des Redemptoristen-Klosters waren auf das Dach des Hauses gestiegen; die Gendarmen zwang sie, herunterzukommen. Der Untersuchungsrichter hat alle im Innern des Klosters vorgefundenen Personen einem Verhör unterzogen; mehrere von ihnen wurden freigelassen. Eine beträchtliche Menschenmenge hat sich in der Umgebung des Klosters gesammelt. Fünf Personen, darunter ein Priester, wurden verhaftet, weil sie mit Steinen nach den Gendarmen geworfen hatten.

Nachwehen des Streiks in Gennebond. Die „Vibre Parole“ meldet aus Lorient: Die Arbeiter in Gennebond und diejenigen des Arsenals in Lorient benachrichtigten den Unterpräfekten, daß sie den Streik wieder aufnehmen würden, wenn an den verurteilten Arbeitern die Strafe vollzogen werden sollte und ihnen nicht die Verlegung des Staatsanwalts und des General-Inspektors bewilligt würde. Zugleich fordern sie die Verlegung des 62. Infanterie-Regiments.

Brest, 27. August. Das Seetribunal hat gegen eine größere Anzahl von Arbeitern eine Untersuchung eingeleitet; es handelt sich um Gewaltakte von etwa 200 Arbeitern gegen die Gendarmen. Die Arbeiter hatten sich eines gewissen Lemerrier angenommen und versuchten seine Verhaftung durch Steinwürfe zu verhindern.

Norwegen.

Die Sozialdemokratie im hohen Norden. Bei den Wählerwahlen in Narvik siegte die sozialdemokratische Liste mit 325 gegen 225 Stimmen der Linken. Im ganzen wurden 620 Stimmen

abgegeben, so daß also die Sozialdemokratie die absolute Majorität in Narvik hat. In Tromsø erhielt die Liste der Linken 212 Stimmen, die der Sozialdemokratie 258 und die der Rechten 102 Stimmen. In Vaddö siegte ebenfalls die Liste der Linken. Die Wahlen der Storting-Abgeordneten finden für Narvik, Tromsø und Vaddö gemeinsam statt.

Rumänien.

Das Ende des Rentenwindel-Prozesses. Bukarest, 25. August. (Fig. Ver.) Was wir vorausgesehen, ist buchstäblich eingetroffen. Der brave Victorian ist auf Grund einer Non-liou-Ordnung außer Verfolgung gesetzt und die gegen ihn schwebende Untersuchung wegen der bei den Rentenauslosungen begangenen Fälschungen eingestellt worden. Nicht als ob sich Zweifel an seiner Schuld erhoben hätten; das war bei dem Vorhandensein eines Geständnisses von vornherein ausgeschlossen, dagegen hat der Untersuchungsrichter gefunden, daß Victorian nur im Interesse des Staates und zu dessen Vorteil gefälscht, für sich selbst aber einen Nutzen aus den Fälschungen nicht gezogen habe; hieraus folgere, daß Victorian keine betrügerische Absicht verfolgt habe (sic!), und da eine solche Absicht Vorbedingung für eine Verurteilung sei, müsse Victorian außer Verfolgung gesetzt werden.

Das Ganze macht den Eindruck einer abgetarteten Komödie, und es wird eine solche hier auch allgemein angenommen. Es besteht noch immer ein tiefes Geheimnis über den eigentlichen Urheber der „patriotischen“ Fälschungen der Jahre 1901 und 1902, die einen größeren Umfang hatten als diejenigen, wegen deren neulich die Alibary, Porissam und Genossen verurteilt wurden. Victorian hat zwar jede Schuld auf sich genommen und behauptet, allein den Gedanken gefaßt und verwirklicht zu haben, zur Verbesserung des Staatschausages Mogelegen bei den Rentenauslosungen vorzunehmen; doch glaubt man ihm nicht. Man nimmt immer an, daß dem damaligen Generalsekretär im Finanzministerium dieser Gedanke von höher gestellten Personen suggeriert worden ist. Das ging auch bereits aus der Rede hervor, die der frühere Finanzminister Pallade, trotz seiner treuen Anhängerschaft an Sturdza, in Verlad hielt und während welcher dieser streitbare Kämpfer von einem jähen Tode ereilt wurde. Dieser Tod ist gewissen Personen sehr passend gekommen. Hätte sich der Mund Pallades nicht für immer geschlossen — wer weiß, ob die gerichtliche Prozedur in Sachen der patriotischen Fälschungen nicht eine überraschende Ausdehnung angenommen hätte, denn Pallade, welcher zu der kritischen Zeit das Finanzministerium leitete, das er alsdann an Sturdza abtrat, der — in solchen Dingen ein Bismarck on miniatur — der eigentliche Dirigent aller Ministerressorts ist, galt als ein Biffender.

Daß das Kabinett Ursache hatte, Victorian zu schonen, ging schon aus dem Umstand hervor, daß als Victorian nach dem Bekanntwerden der patriotischen Fälschungen als Generalsekretär im Finanzministerium demissionierte, ihm die erheblich besser dotierte Stelle eines Direktors der staatlichen Depositen- und Sparbank verschafft wurde, und daß das Kabinett in wiederholten Beschlüssen es ablehnte, Victorian dem Gericht zu überliefern. Der allgemeine Entrüstungsturm, der sich nach den Enthüllungen über diese Vergehungen erhob, veranlaßte Victorian später selbst, die Untersuchung gegen sich zu beantragen, indem er gleichzeitig seine Direktorstelle provisorisch niederlegte. Er hat es wohl gethan, nachdem er sich versichert hatte, daß ihm bei der Untersuchung nichts Uebles begegnen werde, und er hat sich in dieser Voraussicht auch nicht getäuscht gesehen. Er wird nun in den nächsten Tagen seinen Direktorstellen wieder übernehmen, nachdem Sturdza, der eben jetzt von seiner Auslandsreise wieder nach Rumänien zurückgekommen ist, die Leitung des Kabinetts wieder in seine Hand genommen haben wird.

Türkei.

Ein neues Dynamitentat. der bulgarisch-macedonischen Revolutionäre. Nachdem die russischen kirzisch das Erscheinen der russischen Demonstrationsschiffe in der Bucht von Zniada zum Anlaß genommen haben, um die Aufstandsbewegung vom Wilajet Monastir in das Wilajet Adrianopel zu übertragen, haben sie jetzt ein neues Attentat auf einen Eisenbahnzug folgen lassen, und zwar auf den sogenannten Konventionalszug, der den direkten Verkehr von Wien über Belgrad nach Konstantinopel vermittelt. Der „Vossischen Zeitung“ wird darüber telegraphiert:

„Der Konventionalszug, der vorgestern früh 8 Uhr 50 Minuten von Wien abging und heute 6 Uhr 30 Minuten früh in Konstantinopel eintreffen sollte, ist bei Kuleli Vergas heute nacht mit Dynamit in die Luft gesprengt worden. Sechs Personen sind tot, 18 schwer verwundet, darunter drei Angestellte der Orientbahnen.“

Die Station Kuleli Vergas liegt zwischen Adrianopel und Konstantinopel.

Afrika.

Im Kap-Parlament brachte Burton am Dienstag den Antrag ein, einen obersten Gerichtshof einzusetzen zur Prüfung der unter dem Standrecht abgegebenen Urteile und einen Appellationshof, der sich mit den abgelehnten und den unvollständig erfüllten Entschädigungsansprüchen zu befassen haben werde. Premierminister Sprigg erwiderte, der Antrag sei unausführbar. Die bestehenden Kommissionen hätten 60 000 Ansprüche geprüft und hätten noch 25 000 zur Erledigung vor sich. Die Regierung trete dem Antrage entschieden entgegen und er beantrage die Abjektung von der Tagesordnung. Der Antrag des Premierministers wurde abgelehnt, Burtons Antrag mit 32 gegen 22 Stimmen angenommen. Darauf vertagte sich das Haus.

Die Abstimmung bedeutet eine schwere Niederlage Spriggs; doch beweist dieser sich wieder als hartgesottener „Reber“ am Amt. Er erklärte nämlich bereits gestern im Parlament, daß die Regierung infolge ihrer Niederlage nicht zurücktreten werde; sie werde aber an das Land appellieren, sobald die dringendsten Aufgaben des Parlaments erledigt seien.

Abgeordneter Merriman erwiderte, er bedauere Spriggs Haltung, und beantragte die Vertagung, welche mit 30 gegen 33 Stimmen beschloffen wurde.

Landtagswahl.

Freisinnig-liberale Landtagswahl-Taktik.

Die „Freisinnige Zeitung“ registriert sorgfältig alle Stimmen, die den freisinnigen Wählern Angst machen wollen vor der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung, hütet sich aber sorgfältig, irgend eine Meinung zu äußern. Herr Eugen Richter ist nämlich der Meinung, wir müßten den Freisinnigen auf alle Fälle „kommen“. So citiert er auch jetzt zwei Stimmen, von denen er sich offenbar eine Wirkung in der Richtung seiner Hoffnung verspricht. Er schreibt unter der Ueberschrift „Ein preussisches Sozialistengesetz“:

„Ob die Sozialdemokraten auf ihre Rechnung kommen würden, so schreibt der nationalliberale „Hannover. Cour.“, wenn sie durch ihr „Gewehr bei Fuß“ dazu beitragen, die reaktionäre Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu sichern — diese Frage muß wohl ohne weiteres verneint werden. Ein preussisches „keines Sozialistengesetz“ wäre ihnen dann ziemlich gewiß.“

Die Sozialdemokratie wird, so schreibt auch die „Frankfurter Zeitung“, in erster Reihe die Suppe auszuessen haben, die sie sich selbst eingebrocet haben wird, wenn es infolge ihrer Wahltaktik zu einer konservativen Mehrheit im Abgeordnetenhaus kommt, „denn das keine preussische Sozialistengesetz würde dann ja wohl nicht lange auf sich warten lassen. Und daß die Aussichten für eine Abschaffung des Dreiklassen-Wahlsystems infolge einer rein konservativen Herrschaft in Preußen wachsen, das ist eine Utopie; dies Ziel ist nur durch ein Stärkerwerden der Linken und Zunahme ihres Einflusses auf die Regierung zu erreichen.“

Unsre Wahltaktik ist einzig auf die Bekämpfung der Reaktion zugeschnitten und dafür ist uns die sicherste Garantie die Unterstützung des arbeitenden Volkes und die Erlämpfung sozialdemokratischer Landtagsmandate. Freisinnige oder Liberale, die bereit sind, mit uns die Reaktion zu bekämpfen, sind dabei unsrer Unter-

Stellung sicher; Freisinnige und Liberale jedoch, denen die Socialdemokratie als ein größeres Uebel erscheint als wie die Reaktion, können wir nicht für geeignet halten, die Reaktion zu schwächen und in ihren Händen halten wir auch das jegliche bürgerliche Versammlungsrecht nicht für geborgen. Die Freisinnigen wie die Liberale müssen sich unbedingt mit dem Gedanken vertraut machen, daß es diesmal heißt: entweder — oder. Entweder sie geben offen die Parole aus: Unter allen Umständen gegen die Reaktion, oder sie werden mit der Reaktion in einen Topf geworfen und von dieser verschlungen.

Die Parteigenossen in Köln sind namentlich auch in die Agitation für die preussischen Landtagswahlen eingetreten. Der Vorstand des Socialdemokratischen Vereins ist mit der Leitung der Wahlarbeit beauftragt. Die Agitation wurde würdig eingeleitet durch eine Versammlung, worin Genosse Dr. Krons redete. Der Besuch war so zahlreich, wie ihn in Köln noch keine Partei bei einer Landtagswähler-Versammlung gehabt hat. Genosse Krons wies auf die — zunächst rein rednerische — Möglichkeit hin, daß die Kölner Liberalen mit Hilfe der Socialdemokraten dem Centrum die beiden Kölner Landtagsitze streitig machen könnten. Bei der vorigen Wahl hatte das Centrum in Köln 828, die Liberalen 837 Wahlmänner, im Jahre 1898 676 gegen 897, im Jahre 1888 542 gegen 338. Die liberale Wahlbeteiligung ist zurückgegangen, weil die liberalen Wähler einen Erfolg für aussichtslos halten. Das würde anders, wenn sich die Socialdemokratie beteiligt. In der ersten Wählerklasse hatten die Liberalen mit 218 gegen 170 Centrums-Wahlmänner die Mehrheit; in der zweiten Klasse hatten Liberale 139, das Centrum 249; in der dritten Klasse die Liberalen 31, das Centrum 357. Die Herrschaft des Centrums in der dritten Klasse dauert nur so lange, als die Socialdemokratie sich an der Wahl nicht beteiligt. Genosse Krons erörterte dann die Frage, ob eine Gemeinschaft zwischen den Liberalen und der Socialdemokratie möglich sei. Er machte eine scharfe Scheidung zwischen wirklichem und Pseudo-Liberalismus und erklärte, daß nur mit wahrhaft liberalen Männern eine Verständigung möglich sei. Den Nationalliberalen redete er ins Gewissen und erinnerte sie daran, daß sie bei der vorigen Landtagswahl neunzehn Sitze verloren, während das Centrum neun gewann; sie waren von 90 auf 71 Abgeordnete, das Centrum stieg von 91 auf 100. Der Redner citierte, was 1898 gelegentlich der Wahl ein Liberaler in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb: „In Handel und Gewerbe ist die Reichsregierung beherrscht von dem Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern; in dem preussischen Landtag ist dieser Gegensatz nicht vorhanden. Den Interessen des sächsischen Unternehmertums wie der sächsischen Arbeiterschaft steht die agrarische Mehrheit in gleich großer Feindschaft gegenüber.“ Genosse Krons gab weiter eingehende wahlstatistische Anleitungen für unsere Parteigenossen. Die Stimmung der Versammlung ließ das Beste für die Wahlbeteiligung hoffen.

Auch in Elberfeld fand eine stark besuchte Versammlung statt, in der Genosse Krons die Situation für die Landtagswahlen behandelte.

Die jegliche Vertretung des Kreises Elberfeld-Barmen im Landtag ruht in den Händen des Nationalliberalen von Knapp und des Konservativen Beyerbusch, ein Mann, der dem Siesebrechtschen Komplott gegen das Reichstagswahlrecht angehört, also einer der schlimmsten Reactionäre. Die Nationalliberalen sind nicht viel besser, denn auch von ihnen befinden sich welche in dieser Gesellschaft. Nach den Ergebnissen der letzten Wahl, an der sich die Freisinnigen allerdings nicht beteiligten, und der Wahl im Jahre 1893, wo sie noch 192 Wahlmänner durchbrachten, mühten sich auch hier noch Freisinnige finden, die gewillt sind, die jegliche Vertretung zu befeitigen. Selbst Eugen Richter habe nach der Wahl 1898 in seiner „Freisinnigen Zeitung“ geschrieben: „Nicht in manchen andern Wahlkreisen würde die Wahlbeteiligung der Socialdemokraten den Nationalliberalen Abbruch getan haben, so im Wahlkreis Remscheid-Solingen. Ebenfalls wäre dies möglich gewesen in Elberfeld-Barmen, wenn dort nicht die Freisinnige Volkspartei Wahlenthaltung beschloßen hätte.“ Ich richte an alle Freisinnigen, so fuhr Redner fort, einen Appell, sich aufzuraffen und nicht erst eine Parteiparole vom Verbot abzuwarten, und zu versuchen, gemeinsam mit uns den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Andersfalls werde es dahin kommen, daß sie vollständig in der Liste der politischen Parteien ausgelöscht werden. Auch an die Nationalliberalen möchte ich mich wenden, und zwar an diejenigen, die zur Einsicht gekommen sind, daß es sich mit dem Wort Liberal nicht vereinbaren läßt, mit einem Beyerbusch gemeinsame Sache zu machen. Wenn es ernst sei mit dem Auf nach Links im preussischen Landtag und ihn für notwendig hält, der hat jetzt Gelegenheit, das durch die That zu betreiben.

Es wurde zum Schluß ein Wahlkomitee gewählt.

Die Düsseldorf Genossen beschloßen gleichfalls nach einem Vortrage des Genossen Krons, sich an der Landtagswahl zu beteiligen und wählten ein Wahlkomitee.

Die Beteiligung an der Wahl beschloßen auch die Genossen im Kreise Frankfurt a. O. Auch sie wählten ein Komitee zur Vertretung der Wähler.

Die Genossen des dritten schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreises beschloßen in ihrer Kreisversammlung, die Frage der Beteiligung noch offen zu lassen und abzuwarten, ob eine Einigung zwischen uns und dem Freisinn zu stande kommt. Diefem Beschlusse gegenüber möchten wir doch darauf hinweisen, daß der Mainzer Beschlusse die Beteiligung mit eigenen Wahlmännern verlangt und keineswegs eine Einigung mit den Freisinnigen zur Voraussetzung unserer Beteiligung macht.

Partei-Nachrichten.

Zur Vizepräsidentenfrage.

Eine Parteiverammlung des vierten sächsischen Wahlkreises sprach sich in der Mehrheit dahin aus, daß unsere Fraktion den Vizepräsidentenposten zu fordern, sich aber keine Hoffnungen vorzuschreiben lassen solle.

In dem gleichen Sinne sprach sich eine Parteiverammlung in Arefeld und eine andre in Duisburg aus.

Die Genossen des vierten hannoverschen Wahlkreises stellten sich auf denselben Standpunkt und drückten gleichzeitig ihr Bedauern über das Vorgehen Bernsteins aus.

Die in Offenburg abgehaltene Parteikonferenz für den siedenden badischen Reichstags-Wahlkreis nahm diese Resolution an:

Die Parteikonferenz hält es für selbstverständlich, daß die socialdemokratische Fraktion des Reichstags bei der Vizepräsidentenwahl wie bisher für einen Parteigenossen stimmt und es verschmäht, die vortreffliche Ausbeutung des arbeitenden Volkes und der „waterlandlosen Nothe“ vom 16. Juni durch eine Konzeption an die Höffingstättel zu entwürdigen. Es möge deshalb der Parteitag zu Dresden über diese Frage keine Zeit vergeuden. Eine Einverleibung derselben in die Tagesordnung wäre nur zu empfehlen, wenn dieser sogenannten revisionistischen, vom früheren Parteitag schon abgewiesenen Strömung eine gründliche Behandlung zu teil und sie in die Sphäre der bürgerlichen Politik verwiesen werden soll, wohin sie gehört. Der erfolgreiche Vormarsch der socialdemokratischen Bewegung legt unser Reichstagsfraktion wichtige Aufgaben genug vor: Kampf gegen die Wahlrechtsveränderung der Arbeiterschaft und für den Abschluß guter Handelsverträge, für Erweiterung des Arbeiterrechtes und Arbeiterrechtes. Wir beauftragen den Vertreter unseres Wahlkreises auf dem Parteitag, in diesem Sinne seine Stimme abzugeben.

Zur Präsidentenfrage werden wir um Veröffentlichung des Folgenden ersucht:

Ich habe es bisher unterlassen, auf die Vorwürfe der Quertreiber, Sensationsmache u. ein Wort zu erwidern, die hier und da aus Anlaß meiner Äußerungen über die Frage der Vizepräsidentenfrage gegen mich erhoben worden sind. Nachdem aber laut

den Berichten des „Vortwärts“ diese Angriffe vorgestern in den Versammlungen der Berliner Wahlkreise in allen Zonarten wiederholt worden sind, scheint es mir für geboten, an dieser Stelle gegen sie entschiedene Verwahrung einzulegen.

Es ist absolut unerfindlich, wie man in einer Meinungsäußerung zu einer Frage, die in der Partei wiederholt erörtert worden ist, Quertreiberereien erblinden kann. Unter Quertreiber versteht der Sprachgebrauch Mäße, die den Zweck haben, eine bestimmte Aktion zu hintertreiben. Nun ist aber der fragliche Artikel erstens, was ich aus verschiedenen Gründen hervorheben will, ohne jede Verabredung mit andern entstanden und hat zweitens, wie beim Nachlesen sofort ersichtlich ist, lediglich den Zweck, dem Bericht auf eine Position zu widerraten, von der ich überzeugt bin, daß ihre Befestigung im Interesse der Partei liegt. Man mag darüber anderer Meinung sein, aber was können wir, wenn jeder jede ihm mißliebige Meinungsäußerung als Quertreibererei bezeichnen wollte? Welches Streben der Partei wird durch die betreffenden Erörterungen hintertrieben?

Der Vorwurf der Sensationsmache findet weder in der Art der Veröffentlichung, noch in der Form meiner Äußerungen seine Berechtigung. In einem Artikel, der sich allgemein mit den Ergebnissen der Reichstagswahl beschäftigt, ist die Frage der Vizepräsidentenfrage von mir erörtert worden, genau wie andre Parteischriftsteller andre Fragen erörtert haben, die ihnen der Ausfall der Wahlen nahe legte. Sensation ist den Ausführungen erst durch Tageszeitungen verliehen worden, auf deren Thun und Lassen ich keinerlei Einfluß, mit deren Redaktionen ich keine Beziehungen habe. Dem entgeht kein Mensch, der in der Öffentlichkeit steht. Selbst wenn ich der erste und einzige wäre, der die aufgeworfene Frage in dem von mir entwickelten Sinne propagierte, würde ich dagegen Verwahrung einlegen müssen, daß das Eintreten für einen neuen Gedanken ohne weiteres als Sensationsmache verdächtig wird. Es schlägt dies allen gerade von uns hochgehaltenen Grundsätzen der Meinungsfreiheit ins Gesicht und entspricht dem Gefühl einer Schwäche, zu der für die Socialdemokratie heute doch der letzte Anlaß vorliegt.

Zum Schluß noch ein Wort über den Vorwurf der angeblichen Ungeheuerlichkeit, Unzeitgenauigkeit, Dummheit oder was sonst noch. Entweder war der so qualifizierte Vorschlag prinzipiell vertrocknet oder nicht. War er das erstere, so würde ihn auch die allerklügste und geschickteste Taktik nicht verbessert haben. Ist er aber nicht an sich verwerflich, so steht die Frage nur, ob seine Erörterung vor der breiten Öffentlichkeit am Platze war oder der Fraktion als eine innere Frage der parlamentarischen Taktik zu überlassen war. Ich habe nichts gegen das letztere, kann aber nicht zugeben, daß es ein Unrecht war, eine Frage ruhig vor dem Forum der Partei zu erörtern, die doch jedenfalls eine solche des öffentlichen Lebens ist. Ich gestehe ein, dabei nicht vorausgesehen zu haben, daß ein Teil der Genossen auf die sensationellen Artikel der gegnerischen Presse so großes Gewicht legen würde, wie es tatsächlich geschehen ist. Aber diese Sensation verleiht und damit sicher auch die jegliche gereizte Behandlung der Frage. Schließlich spricht in allen diesen Dingen das Gewicht der Thatfachen das entscheidende Wort. Inzwischen aber, denke ich, behält das alte Motto: „Ausprechen was ist“, auch noch sein Stüd Berechtigung.

Berlin, den 27. August 1903.

Eduard Bernstein.

Die Kreisversammlung für Rottbus-Spremberg beschloß die Einführung einer Centralorganisation für den ganzen Kreis, die sich aus den örtlichen Vereinen zusammensetzt.

Der Landesparteitag für das Herzogtum Braunschweig beschloß nach eingehender Debatte über die braunschweigischen Landtagswahlen, daß sich die Partei an der nächsten Landtagswahl nicht beteiligen soll. Die Versammelten glauben hiermit nicht gegen den Mainzer Parteitagbeschlusse zu verstoßen, nachdem der erste Versuch im Jahre 1899 nach dem bestehenden hiesigen Wahlrecht mißlungen ist. Die Versammlung beschloß ferner, die Partei hat in eine lebhaftige Agitation für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum braunschweigischen Landtage einzutreten. Außerdem wurde beschloßen, einen Parteisekretär fest anzustellen.

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der Maschinenfabriken wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aus Fachkreisen geschrieben: „Die Lage der Maschinenfabriken hat begonnen eine bessere zu werden. Diese Werke haben wohl am längsten und schwersten unter der schlechten Konjunktur gelitten, und die Maschinenindustrie hat lange Zeit gebraucht, um sich von den Schlägen der Jahre 1901 und 1902 zu erholen. Es scheint aber, als wenn die Vorräte an Maschinen, welche sich damals aufgestapelt hatten — soweit natürlich Maschinen überhaupt auf Vorrat gearbeitet werden können — geschwunden sind und die Aufnahmefähigkeit der Maschinenlaufenden Werke eine bessere geworden sei. Infolge dessen macht sich ein lebhafteres Geschäft in Maschinen aller Art bemerkbar, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß einzelne Maschinenfabriken wieder mit Berggründungen und Verbesserungen ihrer Einrichtungen beginnen. Wenn also die Menge der eingehenden Aufträge zur Zeit eine befriedigende ist, so lassen sich von der andern Seite doch die Preise noch viel zu wünschen übrig, und um auf den Wert der Produktion vom Jahre 1899 oder 1900 zu kommen, bedarf es heute einer ungleich intensiveren Arbeit und der Herausgabe eines verhältnismäßig größeren Quantum als damals. Trotz der guten Nachfrage wollen die Preise nicht anziehen, und von einem besseren Verdienst ist nur selten die Rede; immerhin aber sind sie nicht direkt verlustbringend, sondern so, daß man eben damit auskommt. Da infolge der Vorgänge auf dem amerikanischen Eisenmarkt die Amerikafurcht sich etwas gelegt beziehungsweise sich herausgestellt hat, daß sie bedeutend übertrieben war, und da außerdem auch die Meldungen aus den Vereinigten Staaten wieder günstiger lauten, so wird man in der Voraussicht nicht fehlgehen, daß die jegliche Besserung auch weiter anhalten wird, wenn schon zu erwarten steht, daß gegen den Winter die übliche Abschwächung sich bemerkbar machen muß.“

Von anderer Seite wurde jüngst die Lage weniger günstig geschätzt. Jene Maschinenfabriken, die landwirtschaftliche Maschinen, Automobile und Maschinen für die Textilindustrie herstellen, haben zwar gut zu thun; dagegen klagen andre, die hauptsächlich größere Dampfmaschinen und Werkzeugmaschinen liefern, noch immer über den Mangel an Aufträgen.

Die Exportindustrie und Fabrikatausfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Ueber die Entwicklung der Fabrikatausfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika brachte vor einiger Zeit das „Monthly Summary“ eine Abhandlung, in der zum erstenmal die Ausfuhr der einzelnen Industrieprodukte nach Ländern und von der Rohstoffausfuhr getrennt aufgeführt wird. Bis her erstien diese Vergleichung nur für die Ziffern der Gesamtausfuhr. Allerdings sind in diese Zusammenstellung unter den Fabrikaten auch die Mineralöle mit ausgenommen worden, deren Ausfuhrwert beispielsweise im Jahre 1902 allein mit 66 Millionen Dollar nicht weniger als ein Siebentel der gesamten amerikanischen Fabrikatausfuhr mit 408 Millionen Dollar betrug. Die Gesamt- und Fabrikatausfuhr der Vereinigten Staaten bewertete sich unter Nichtberücksichtigung der Mineralöle bei der Fabrikatausfuhr im Vergleich zu derjenigen Deutschlands, deren Statistik die Mineralöle zu den Fabrikaten nicht zählt, in Millionen Mark, wie folgt:

	1894	1897	1901	
	Ver-einigte Staaten	Deutsch-land	Ver-einigte Staaten	Deutsch-land
Gesamtausfuhr	3651	3051	4334	3786
Fabrikatausfuhr	615	1879	927	2304

Die Ausfuhr von Industrieprodukten bildet daher in den Vereinigten Staaten von Amerika etwa $\frac{1}{5}$ — mit Petroleum 30 Proz. — und in Deutschland ungefähr $\frac{1}{3}$ der Gesamtausfuhr.

Im Jahre 1902 führten die Vereinigten Staaten an Fabrikaten (inkl. Petroleum), (unter gleichzeitiger Angabe der Werte für die ge-

samte Warenausfuhr in Klammern) in Millionen Dollar aus: nach Europa für 198 (904), nach Nord- und Mittelamerika für 100 (193), nach Südamerika für 23,5 (39), nach Asien (ohne Philippinen) für 43,5 (63), nach Australien (mit Philippinen) für 27 (34) und nach Afrika für 11 (33). Es betrug somit gegenüber der Gesamtausfuhr von Fabrikaten in Höhe von 408 Millionen Dollar der Anteil der Fabrikatausfuhr nach Europa 40 Proz., nach Nord- und Mittelamerika 25 Proz., nach Südamerika 6 Proz., nach Asien 11 Proz., nach Australien 7 Proz., und nach Afrika 3 Proz. Europa und Nordamerika nahmen daher etwa $\frac{1}{2}$ der gesamten Fabrikatausfuhr auf, während auf alle andern Weltteile zusammen nur $\frac{1}{4}$ fiel, trotzdem bei diesen letzteren die Ausfuhr zum größten Teile aus Fabrikaten bestand. Auffällig ist der geringe Anteil, den die Fabrikate bei der Ausfuhr nach Afrika bilden.

So bedeutend sich auch die Ausfuhr von Fabrikaten entwickelt hat, so ist doch Amerika noch weit davon entfernt, ein Exportindustriestaat zu sein, da die Ausfuhr nur einen verschwindend kleinen Teil der Gesamtproduktion absorbiert. Nach dem Census hatten die in den Vereinigten Staaten hergestellten Fabrikate im Jahre 1900 einen Gesamtwert von rund 13 Milliarden Dollar, während die Ausfuhr (ohne Petroleum) sich auf 366 Millionen Dollar, also noch nicht auf 3 Proz. der jährlichen Fabrikaterzeugung belief.

Sociales.

Der Kranken im Bade.

Ein Beitrag zur gesellschaftlichen Verschönerung des Arbeiters.

Der Allgemeine Knappschaftsverein zu Vohum giebt den Mitgliedern der Knappschaftskasse, die zum Gebrauche einer Wadeler nach den Bädern Dehnhäusen, Meinsberg, Soden oder Rippispringe geschickt werden, „Allgemeine Vorschriften“ über das Verhalten im Badoorte, die wir als ein Kulturdokument vollständig mitteilen wollen.

1. Die Patienten haben sich in- und außerhalb der Quartiere anständig zu benehmen und die Belästigung anderer Personen in jeder Weise zu vermeiden.

2. Die in den einzelnen Quartieren üblichen Zeiten, zu denen gegessen wird, sind pünktlich einzuhalten. Die in den Quartieren etwa vorhandene Hausordnung ist zu befolgen.

3. Spätestens um:

8 Uhr abends im Monat Juli,

8 Uhr abends in den Monaten Mai, Juni und August,

7 Uhr abends in der Zeit vom September bis Mai,

hat jeder Kranke in seiner Wohnung zu sein und darf dieselbe nicht mehr verlassen; um 10 Uhr muß er zu Bett gehen.

4. Die ärztlichen Vorschriften, namentlich bezüglich des Verhaltens nach dem Baden und des Aufenthalts im Freien zur Abendzeit sind unter allen Umständen strengstens zu befolgen. Der Aufenthalt im Freien ohne Stiefel und in Hemdsärmeln (ohne Rod) ist verboten.

5. Die Ausführung von Fußtouren und Reisen in die Umgebung während der Kurzeit ist nur mit Genehmigung des Arztes gestattet.

Das Ausgehen in Hauschuhen oder Pantoffeln ist verboten. Nur in ordnungsmäßiger, anständiger Kleidung und Wäsche dürfen Spaziergänge unternommen werden.

6. Der Genuß von Branntwein und sonstigen Spirituosen in- und außerhalb der Quartiere ist verboten.

7. Das Tabakrauchen während des Liegens in den Betten ist verboten.

8. Das Mitbringen von Kindern ist gänzlich verboten; erwachsene Begleiter dürfen nur dann mitgebracht werden, wenn dieselben zur Pflege des Kranken erforderlich sind.

9. Besuche der Angehörigen der Kranken während der Kurzeit werden nur dann vom Arzte gestattet, wenn der Zustand des Kranken solchen Besuch für wünschenswert erscheinen läßt.

10. Der Besuch der Abendkonzerte ist verboten. Zuwiderhandlungen ziehen sofortige Entlassung aus der Kur nach sich. Der Aufenthalt im Kurpark zur Abendzeit ist verboten.

11. Diese Vorschriften sind nur zu dem Zwecke erlassen, um den Kranken einen guten Kurerfolg zu sichern. Es wird deshalb erwartet, daß die Kranken denselben schon in ihrem eignen Interesse bereitwilligst Folge leisten werden.

12. Grobe oder wiederholte Verstoße gegen diese Vorschriften ziehen die sofortige Entlassung des Kranken nach sich. In diesem Falle steht dem Kranken ein Anspruch auf Gewährung der Auslagen für die Rückreise nicht zu.

13. Rauchen und Reinigen des Schuhzeuges und der Kleidungsstücke in Wohn- oder Schlafzimmern ist verboten. Dasselbe hat vielmehr nur in dem zu diesem Zwecke vom Quartierwirt zu bestimmenden Räume stattzufinden.

14. Kartenspielen um Geld oder Geldeswert ist unstatthaft.

15. Der Verkehr männlicher Pflinglinge mit weiblichen Personen und weiblicher Pflinglinge mit männlichen Personen, insbesondere auch gemeinschaftliche Spaziergänge sowie der gemeinschaftliche Besuch von Schützen- und Kriegerfesten usw., von Wirtschaft-Etablissements, Kaffeegärten und dergleichen ist verboten.

16. Diejenigen Pflinglinge, welchen eine Passagelur verordnet ist, haben unter allen Umständen das Erscheinen des Rasseurs im Quartier abzuwarten.

17. Sämtliche nicht verbrauchte Wadelerarten sind spätestens bei der Entlassung an den Aufsichtsbeamten zurückzugeben. Die Ueberlassung solcher Wadelerarten an andre Pflinglinge oder die Zurücklassung im Quartier ist strengstens verboten. Verkauf oder andere Verwertung der Wadelerarten wird strafrechtlich verfolgt.

18. Wünsche und Beschwerden, welche das Logis oder die Verpflegung betreffen, haben die Kranken zunächst ihrem Hauswirte vorzutragen, um sie auf gütlichem Wege zu erledigen. Im übrigen haben sich die Kranken mit ihrem Anliegen vertrauensvoll an den Aufsichtsbeamten oder den behandelnden Arzt zu wenden.

19. Den Anordnungen des Arztes und des Aufsichtsbeamten ist Folge zu leisten.

Ein Abdruck dieser Vorschriften wird den Kranken vor der Abreise mitgeteilt und außerdem durch Aushang in den von ihnen bewohnten Zimmern zur Kenntnis gebracht.

Man beachtliche, daß den Kranken mit der Ueberweisung in einen Wadeler nicht etwa ein Geschenk gemacht wird, sondern daß es sich lediglich um Gewährung der rechtmäßigen Kranken-Unterstützung handelt, auf die das kranke Kassenmitglied einen klaren Anspruch hat, erworben durch Zahlung von Beiträgen; zur Zahlung von Beiträgen besteht eine gesetzliche Verpflichtung.

Da haben wir nun die Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetze und nicht neben dieser juristischen Gleichheit wohnt die Sklavemoral von der Minderwertigkeit einer ganzen Klasse, gerade wie neben dem allgemeinen gleichen Reichstags-Wahlrecht das Klassen-Wahlrecht zu den Landesparlamenten und den Gemeindevertretungen wohnt. Welche Mißachtung des Arbeiters liegt nicht in diesen an eine Gefängnisordnung gemahnenden Vorschriften, die noch dazu durch Aushang in den Zimmern — die von Privatn abgemietet sind — auch den Zimmervermietern und damit jedermann im Orte bekannt gemacht werden, so daß der Krankenkrank auch für die Öffentlichkeit als ein untergeordnetes Wesen gekennzeichnet ist. Es ist natürlich Anstößig, daß diese Vorschriften zu dem Zwecke erlassen sind, einen guten Kurerfolg zu sichern. Zur Sicherung des Kurerfolges genügt es vollständig, den Kranken die Beobachtung der Anordnungen des Arztes zur Pflicht zu machen. Was hat es etwa mit der Sicherung des Kurerfolges zu thun, wenn man den Verkehr zwischen männlichen und weiblichen Personen, gemeinschaftliche Spaziergänge männlicher und weiblicher Personen verbietet, wenn man den Besuch der Abendkonzerte und des Kurparks zur Abendzeit verbietet, was hat das generelle Verbot des Besuchs Angehöriger, das Verbot des Ausgehens in Hauschuhen, des Tabakrauchens im Bett, des Kartenspiels um Geld mit der Sicherung des Kurerfolges zu thun? Das sind zum Teil Selbst-

Verständlichkeiten, die jeder anständige Mensch ohne weiteres läßt; man darf ruhig abwarten, ob ein Einzelner in diesen Dingen Anlaß zu Behauptungen giebt. Zum Teil aber sind es unwürdige Behauptungen, die gänzlich ungerechtfertigt sind. Es ist lediglich ein Beweis der Mißachtung, die das Unternehmertum dem Arbeiter im allgemeinen entgegenbringt. Man hat in dieser Geringschätzung, in dieser Mißachtung der Arbeiterklasse, die ja nicht bloß in diesem einen Dokument, sondern bei vielen andern Gelegenheiten auch zum Ausdruck kommen, die psychologische Erklärung für manche Vorgänge in unserm öffentlichen Leben zu suchen. Die Angriffe auf das allgemeine Wahlrecht lassen besonders in ihrer Begründung ganz dieselbe Grundlage erkennen. Es ist doch ungemein charakteristisch, daß erst dieser Tage die „Aberlinische Volksstimme“, das bekannte Centrumblatt, die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts mit der Bemerkung forderte, man könne doch nicht Halbbildeten denselben Einfluß auf die Gesetzgebung zugestehen, wie einem Fabrikanten. Ähnliche Begründungen werden von den meisten Gegnern des allgemeinen Wahlrechts vorgebracht. Sie wären ganz unmöglich, wenn der vorhandenen juristischen Gleichheit der Staatsbürger auch ein entsprechendes Empfinden zur Seite stände. Der Gedanke, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Mensch, mit gleichen Bedürfnissen, gleichen Gefühlen wie ein Angehöriger anderer Gesellschaftsklassen, ist den herrschenden Klassen überhaupt noch nicht gelommen; sie sehen der Arbeiterklasse noch immer ungefähr so gegenüber, wie gewisse weiße Bevölkerungsschichten in den Vereinigten Staaten den Negern gegenübersehen.

Das Gewerbegericht Berlin.

Unter diesem Titel ist soeben — herausgegeben von den Gewerberichtern Dr. Schalhorn und v. Schulz — im Verlage von Siemsenroth in Berlin eine Sammlung von Aufsätzen aus dem Gebiete des Arbeitsvertrages sowie der gewerbegerichtlichen Praxis, von Entscheidungen, einigungsamtlichen Verhandlungen, Gutachten und Anträgen des Berliner Gewerbegerichts erschienen, die freudig zu begrüßen ist. Die Herausgeber sagen im Vorwort, daß der Wunsch nach einer Sammlung der grundsätzlichen Entscheidungen des Gerichts aus den Kreisen der Reister schon oft ausgesprochen worden ist und daß sie sich dann aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Berliner Gerichts entschlossen haben, der Anregung zu folgen. Die Veranstaltung dieser Sammlung ist eine gute Jubiläumsfeier, und es ist besonders zu begrüßen, daß sich die Herausgeber nicht auf eine Zusammenstellung von Entscheidungen beschränkt, sondern durch Hinzufügung einer beträchtlichen Reihe von Aufsätzen über einschlägige Rechtsfragen das Buch noch wertvoller gestaltet haben. Das rechteckig sich aus persönlichen wie sachlichen Gründen. Die persönlichen Gründe sind darin zu suchen, daß für den Laienbesitzer der schillernde und beweisende Aufsatz erst Leben in die knappe Entscheidung bringt und ihm die richtige Anwendung der Grundsätze erleichtert. Die sachlichen liegen in dem Umfange, daß die einschlägigen Rechtsgebiete, sowohl des Arbeitsvertrages wie der formalen Rechtspraxis vielfach noch ungeklärt sind. Die Gewerbegerichte haben sehr erheblich an der Ausgestaltung des Arbeitsvertrages durch Schaffung fester Rechtsgrundsätze mitgewirkt, wodurch die Bedeutung ihrer Entscheidungen noch erhöht wird, andererseits die Richtigkeit ausführlicherer Betrachtung derselben für die Beteiligten nahegelegt wird.

Die Gewerbegerichte kann man unstreitig als die erfreulichste Erscheinung auf dem Gebiete der deutschen Sozialreform bezeichnen. Die Beschleunigung der Rechtsprechung, die Einführung des Laienelements in die Rechtsprechung, vor allem aber die Wahl der Richter durch die an der Rechtsprechung interessierten Kreise sichern den Gewerbegerichten den Anspruch, die gegenwärtig fortschrittlichste sozialpolitische Einrichtung in Deutschland zu sein. Und sie erfreuen sich gerade deswegen allgemeinsten Vertrauens; höchstens einige kurzfristige egoistische Unternehmer können sich noch nicht mit ihnen befreunden. In dem Buche der Herren Schalhorn und v. Schulz ist dieser Einrichtung gewissermaßen ein Denkmal errichtet.

Es enthält einen kurzen einleitenden Bericht über die zehn-jährige Tätigkeit des Berliner Gewerbegerichts, 22 Aufsätze unter den Abteilungen Gewerbegerichts-Gesetz, Gewerbe-Ordnung und Bürgerliches Recht, sodann über 200 Entscheidungen des Gewerbegerichts, zum Teil auch des Berufungsgerichts. Ueber die Tätigkeit des Einigungsamtes unterrichtet ein einleitender Bericht mit ausführlichen Tabellen über die verhandelten Streitigkeiten, sowie die ausführliche Schilderung einiger Verhandlungen des Einigungsamtes und daran schließt sich ein Bericht über die Gutachter-Tätigkeit des Gewerbegerichts. Ein Sachregister erleichtert die Orientierung. Den Interessenten dürfte das Buch ein willkommenes Hilfsmittel sein.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Reinstunden-Bewegung der Kürschner in der Hausindustrie. Eine öffentliche Kürschnerversammlung, die namentlich auch von Arbeiterinnen sehr zahlreich besucht war, tagte am Mittwoch im Alten Schützenhause. Wie der Referent Menge ausführte, sind die Erfolge der Bewegung in der Hausindustrie in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind, im allgemeinen befriedigend, wenn auch noch sehr viel Arbeit und Agitation erforderlich sein wird, um in allen Betrieben den Reinstudentag durchzuführen. Es giebt allerdings noch eine große Anzahl Werkstätten, wo noch 10 bis 10 1/2 Stunden gearbeitet wird und in manchen Fällen fällt es schwer, die Arbeiter und Arbeiterinnen dahin zu bringen, daß sie sich der Bewegung anschließen. Die Organisation wird jedoch unermüdlich tätig sein, bis das Ziel erreicht ist. Die Hausindustriellen, die sogenannten „Selbständigen“, die, wenn sie selbst durch ihre Organisation dem Unternehmertum geschlossen gegenüberstehen würden, auch für sich Vorteile erzielen könnten, haben bis jetzt zu einem großen Teil sehr wenig Verständnis für die Bewegung gezeigt. Ueber den Stand der Bewegung wurde berichtet, daß die Forderungen bis jetzt von 107 Innungsmeistern, 18 Fabrikanten und 143 Selbständigen bewilligt sind. Es sind danach noch ca. 150 Selbständige übrig, die noch bewilligen sollen. — Im weiteren Verlauf der Versammlung nahmen auch zwei Selbständige das Wort. Sie betonten besonders, daß sie nicht bewilligen könnten, so lange sie selbst von den Fabrikanten nicht höhere Preise erhielten. Von mehreren Diskussionsrednern wurde noch hervorgehoben, daß eigentlich die sogenannten Selbständigen, die zum Teil hauptsächlich Proletarier sind, mit den Gehilfen gemeinsam für bessere Verhältnisse in der ganzen Branche kämpfen müßten. Die Versammlung nahm nach langer Debatte einstimmig folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die strikte Durchführung des Reinstudentages in der Hausindustrie sich sehr schwierig gestalten mußte, können wir mit dem bisherigen Erfolg doch zufrieden sein. Nichtsdestoweniger spricht die Versammlung über diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich bis jetzt trotz wiederholter Aufforderung der Bewegung nicht angeschlossen haben, ihr tiefstes Bedauern aus. Die Versammlung appelliert heute nochmals an alle diejenigen, die sich bis jetzt neutral verhalten haben, endlich sich ihres Kollektivistischen Solidaritätsgefühls bewußt zu werden und am Sonnabend, den 29. August die Arbeit niederzulegen.“

Unter den Schaffnern, Kutschern, Stallknechten der Allgemeinen Berliner Omnibusbeförderungsgesellschaft herrscht, wie uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben wird, zur Zeit eine große Unzufriedenheit, die hauptsächlich dadurch hervorgerufen ist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die seit Jahren schon recht viel zu wünschen übrig ließen, in neuerer Zeit noch verschlechtert worden sind. Vielen Kutschern, welche einen Lohn von 3,50 M. täglich bezogen, ist derselbe um 30—50 Pf. gekürzt, und den Schaffnern, welche früher für das Fahren der Wagen eine kleine Extrazuschußung bezogen, ist diese ebenfalls entzogen worden. Der Lohn, welchen die Angestellten bei dieser Gesellschaft erhalten, beträgt bei einer Arbeitszeit von 16 bis 17 Stunden täglich

ohne jedwede Pause 2,50—3,20 M. Dazu kommt noch, daß die Behandlung seitens der Direktoren und sonstigen Vorgesetzten eine ganz rigorose ist. Alle Leute, welche 15 bis 20 Jahre im Dienste der Gesellschaft standen, wurden wegen geringer Vergehen rüchlos entlassen. Es haben in den letzten Wochen verschiedene Nachtversammlungen stattgefunden, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatten und in denen der größte Teil der Anwesenden ihre Aufnahme in den Verband bewirkt haben. An der weiteren Entwicklung der Dinge wird es liegen, ob vielleicht noch in diesem Jahre durch eine Lohnbewegung der Omnibusbediensteten menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Allgemeinen Berliner Omnibusbeförderungsgesellschaft eingeführt werden.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Straßenbahn-Angestellten haben durch ihre Organisation der Direktion nachstehende Forderungen unterbreitet: Für Führer, Schaffner, Turm- und Blodwagenführer einen festen Wochenlohn von 33 M. pro Woche, oder ein Anfangsgehalt von 120 M. pro Monat, steigend von Jahr zu Jahr um 10 M. bis zum Höchstgehalt von 150 M. Für alle Reineinstellenden (Wagenwäscher, Weichenreiniger und Weichensteller zc.) einen festen Wochenlohn von 24 M. pro Woche oder ein Monatsgehalt von 100 M. — Beschäftigung der Nebenstunden. Neun Stunden tägliche Dienstzeit für Führer, zehn Stunden für Schaffner, Kutscher und Arbeiter. Jeder siebente Tag muß ein freier Tag sein. — Eine Reihe anderer Forderungen bezieht sich auf die Regelung des Dienstes, Pausen, Straf-gelder, Behandlung durch die Vorgesetzten zc. — Das sind die gewöhnlich nicht unbefriedigenden, durchaus begründeten Forderungen der Angestellten. Die Direktion antwortete darauf sehr prohenhaft — wie wir schon gestern mitteilten — daß sie es ablehne, mit der Kommission zu unterhandeln und ging, wie bekannt, mit Maßregelungen gegen die Angestellten vor. Die bürgerliche Wälder melden, sollen etwa 60 Maßregelungen erfolgt sein.

Der Textilarbeiterstreik in Grimmitzschau hat das gewerbliche Treiben der ganzen Stadt zum großen Teil lahmgelegt, was nicht wunder nehmen kann, da von den 24 000 Einwohnern der Stadt 8000—9000 im Streik stehen. Die Ausständigen führen ihren Kampf mit Energie und Begeisterung, aber mit großer Besonnenheit und Ruhe durch. Wie das regelmäßig und überall zu geschehen pflegt, so werden auch in Grimmitzschau die Streikposten von den Polizeibeamten arg bedrängt. Ja, die Behörde hat es sogar für notwendig gehalten, ein Aufgebot von Gendarmen nach Grimmitzschau zu senden, obgleich die Ausständigen durch ihr Verhalten nicht die geringste Veranlassung zur Verstärkung der bewaffneten Macht gegeben haben. Der Stadtrat von Grimmitzschau hat bei dieser Gelegenheit eine Maßnahme ausgesprochen, die durchaus nicht von Wohlwollen für die Arbeiter zeugt. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Streiks hat die Stadtverwaltung noch schämigst einen Teil des Arbeitslohnes für fällige Steuern beschlagnahmt. Wenn dadurch auch die Lage eines Teiles der Streikenden etwas unangenehm geworden ist, so hat ihr Kampfesmut dadurch keineswegs gelitten.

Ausland.

Im Maurerstreik in Genf ist die Vermittlung des dortigen italienischen Generalkonsuls Vosso ergebnislos geblieben, ebenso eine neuerliche Konferenz der Bauhandwerksmeister, Bauunternehmer und Streikenden. Die letzteren halten an dem famosen „Normallohn“ fest, die Arbeiter an dem Minimallohn. So geht der Kampf weiter. Die großen Bauunternehmer sollen die ganze Bewegung gerne sehen, weil sie zur Ausschaltung der kleinen, meist italienischen Unternehmer und Schmuckkonkurrenten führen wird.

Der Zimmererstreik in Bern ist ohne die angestrebte Tarifgemeinschaft beendet worden. Dagegen haben die einzelnen Meister Lohnhöhungen zugestanden. Der Streik dauerte neun Wochen.

Maßregelung organisierter Hafenarbeiter. Aus Kopen-hagen wird gemeldet: Der Direktor von „del forende Dampskibsselskab“ hat, wie der Hafenarbeiter-Verband mitteilt, den Hafenarbeitern der Gesellschaft einen ähnlichen, das Verbot der Mitgliedschaft des Hafenarbeiter-Verbandes enthaltenden Kontrakt vorgelegt, wie ihn die Arbeiter seiner Zeit nach mißglücktem Ausstande unterschreiben mußten. Der Vorstand hierfür ist der, daß der Direktor erfahren hatte, die Arbeiter beabsichtigten wieder in den Hafenarbeiter-Verband einzutreten, da die Gesellschaft ihrer Meinung nach den Kontrakt nicht gehalten habe. Die neuen Kontrakte wurden auf zwei Dampfern den Arbeitern vorgelegt, welche die Unterschrift verweigerten. Die Arbeit wird jedoch mit 40 Mann fortgesetzt. Die Gesellschaft lieh im Hafen anwesende, bei den Schiffen nicht beschäftigte Arbeiter durch Polizei vom Plage weisen.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen-Wahlvereine haben nach der Wahl ihre Tätigkeit eingestellt, auch der für Teltovo-Beestov. Nicht eingestellt hat jedoch in diesen Wahlkreise die Behörde, insbesondere die von Tempelhof ihre Tätigkeit gegen den Verein resp. die in ihm ehemals leitend tätigen Genossinnen. So erhielt jetzt wieder die Genossin Thiel aus Tempelhof einen Strafbefehl über 45 Mark oder neun Tage Haft wegen der Verhöhnung, am 23. April in Mariendorf durch drei selbständige Handlungen: a) als Unternehmerrin eine Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten — die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins beraten werden sollten, einberufen zu haben, b) in dieser von ihr geleiteten Versammlung als Rednerin aufgetreten, c) in dieser jedermann zugänglichen Versammlung eine öffentliche Kollekte, die einer obrigkeitlichen Genehmigung bedarf, bevor diese Genehmigung erteilt ist, veranstaltet zu haben.

Diese Schandthaten sind, wie man sieht, recht lange ungerochen geblieben. Liegt das daran, daß die Behörde die lange Zeit vom 23. April bis jetzt zur Information benutzen mußte? Man sagt: Was lange währt, wird gut! In diesem Fall ist das jedenfalls nicht so; die Erhebungen der Behörde haben zu einem völlig falschen Resultat geführt. Die sogenannte „Versammlung“ zur Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins fand nämlich zu einer Zeit statt, als die Gründung des Vereins nicht nur schon stattgefunden hatte, sondern auch der Polizeibehörde unter Innehaltung aller vorgeschriebenen Formalitäten angezeigt war. Die „Versammlung“ war ein sogenannter Zahlabend des Wahlvereins, in dem Vorträge entgegengenommen, aber keine Versammlungsreden gehalten wurden; auch Genossin Thiel trat nicht als „Rednerin“ auf. Schließlich wurde in der „Versammlung“ keine genehmigungspflichtige Kollekte vorgenommen, sondern es wurden Mitgliedsbeiträge entgegengenommen und Votums für ein Vergnügen abgegeben. Die Behörde ist also sowohl in Punkte a wie auch b und c im Irrtum und dürfte der von Genossin Thiel entgegengesetzten Verurteilung gegenüber mit ihrem Abse nicht weit kommen! Das Urteil wird mit der üblichen Floskel enden: Die Kosten werden der Staatskasse aufgelegt! — Die hat's ja auch dazu!

Versammlungen.

Mit dem Parteitage beschäftigte sich am 25. d. Mts. eine Versammlung des Wahlvereins für Panlow-Nieder-Schön-hausen. Aubig gab einen Ueberblick über die vorgeschlagene Tagesordnung, in der er die Besprechung über die letzte Reichstagswahl vernichtete, und beabsichtigte sich dann mit der Frage der Besetzung des Vicepräsidentenpostens im Reichstage. Er wendete sich scharf gegen die sogenannte revisionistische Strömung in der Partei und begründete den Protest gegen die Besetzung der ersten Vicepräsidenten-Stelle im Reichstage durch einen Parteigenossen, sofern damit häßliche Pflichten verbunden werden sollten. Seine weiteren Ausführungen richteten sich gegen die Mitarbeit von Parteigenossen für die bürgerliche Presse; die Agitation für die Parteipresse gestalte sich immer schwieriger, da

man nur zu oft dem Einwand begegne, daß in der billigeren parteilosen Presse, in der „Morgenpost“ usw. Artikel von Parteigenossen, sogar von unfreien Abgeordneten, ständen. In längeren Ausführungen wies Genosse Freiwald auf darauf hin, daß schon der Gedanke an das Sozialistengesetz, das in diesen Tagen 25 Jahre trauriger Bekanntheit vollende, davon abhalten müsse, vor der Regierung Notau zu machen. Er hofft, daß der Parteitag ein ernstes Wort finden werde gegen die Leute, die der Partei eine neue Taktik, eine neue Richtung beschreiben wollen und erinnert an die ähnliche Bewegung der „Jungen“. Dr. Laufenberg sieht in den Fragen nur Erscheinungen. Man will die Klassenkampfstatistik aufgeben. Die sozialistischen Ideen würden nicht verwirklicht durch die bloße Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, wie sie z. B. durch das Genossenschaftswesen angestrebt werde. Wir wollen nicht eine bürgerliche Reformpartei werden. Dem Genossen Bernstein habe bei der Präsidentenfrage ein Beispiel in der französischen Revolution vorgeschrieben, das er für unpassend halte, da seiner Zeit die Revolution vorausgegangen war. Bei Besetzung der Präsidentenstelle müssen wir die Bedingungen stellen können, und das ist erst zweckmäßig, wenn wir die Majorität der Wähler haben. Wir müssen uns gegen die Tendenzen von Bernstein und Genossen wenden, und es ist die Pflicht der Arbeiter-schaft, diesen Herren auf dem Parteitag auf die Finger zu klopfen. Durch einen Hinweis Freiwalds auf die Mitarbeiter-schaft des Genossen Göhre an bürgerlichen Zeitungen, bei dem Freiwald die Stellung des Genossen Göhre zum Christentum kritisiert, werden weiterhin Religionsfragen erörtert. An der Diskussion beteiligten sich noch die Genossen Döse, Fenzler, Schinemann, Strzelewicz und Wolf, die durchweg auf dem Standpunkt stehen, daß unter den obwaltenden Umständen der Präsidenten-sitz im Reichstag von einem Genossen nicht eingenommen werden kann. Folgende von Dr. Laufenberg vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung spricht ihre Mißbilligung über die Art und Weise aus, in der Genosse Bernstein die Präsidentenfrage öffentlich zur Sprache gebracht hat. Sie spricht sich in Gemäßheit der republikanischen Traditionen der Partei gegen eine Beteiligung am Reichstags-Präsidentenamt, so lange daran seitens der bürgerlichen Parteien besondere Bedingungen geknüpft werden, die außerhalb der Geschäftsordnung liegen.“

Zur Kreis-konferenz werden einstimmig die Genossen Fenzler, Hille, Kieble und Witte delegiert. Im Laufe der Versammlung wurde die Mitteilung gemacht, daß Genosse Anton-Kieder-Schönhäuser verstorben sei. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Anträge zum Parteitage wurden auch in einer Versammlung des Schmärgendorfer Wahlvereins diskutiert. Zunächst delegierte man die Genossen Guttber und Wille zur Kreis-Generalversammlung. Der Generalversammlung soll der Antrag unterbreitet werden, den Centralvorstand zu beauftragen, das Agitationsmaterial für die Landtagswahlen, wie Handbuch zc., den Vereinen umgehend zur Verfügung zu stellen sowie die Wahlagitations-Vorarbeiten zeitig als beabsichtigt ist, einzuleiten. Bei dem angelegten Termin würde, wenn die Regierung annähernd die 1898 angeordneten Fristen für die Wahlen innehält, die Wahl 8 bis 14 Tage früher ausgeschrieben werden, als unsere ersten Beratungen stattfinden sollen. 1898 sind die Wahlen bereits am 16. September ausgeschrieben worden. — Des weiteren beschloß die Versammlung für den Parteitag einstimmig folgenden Antrag: „Die „Neue Welt“ und die Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“ sind mit in den Dienst der theoretischen Aus-bildung der Massen zu stellen. In den genannten Blättern sind außer neuen Aufsätzen nationalökonomischen Inhalts auch ältere Parteiliteratur, die dauernden Wert haben, abzubilden.“ Wille fügt begründend aus: Das schnelle Wachstum der Partei erfordert besondere Maßnahmen um theoretisches Wissen und Verständnis unter den neuemommenen Parteimitgliedern zu fördern. Die „Neue Welt“, die von mehr als einer halben Million Arbeitern gelesen werde, sei hierzu besonders geeignet. Auch nichtmittelten Genossen werde dadurch ermöglicht, die Parteiliteratur gründlich kennen zu lernen. Durch Abdruck älterer Parteiliteratur werde der alte feurige und radikale Charakter unserer Bewegung erhalten. Weder die Abrechnung von der Reichstagswahl. Die Einnahmen betragen 102,80 M., dabei 80,95 M. auf Listen gesammelt. Herausgabe wurden für Agitation 79,80 M. Persönliche Entschädigungen für Wahlarbeiten wurden nicht beantragt. 23,10 M. sind der Central-kasse übermiesen. Der Kassierer wurde entlastet. Der Vortrag über die Landtagswahl-Teilnahme wurde bis zu der Versammlung am 8. September vertagt. Am 15. September soll eine öffentliche Wähler-versammlung stattfinden.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zahlstelle Berlin) hielt am Montag in den „Industrie-Festhallen“ eine außerordentliche General-versammlung ab. Herrmann behandelte in seinem Referat ausführlich den verflochtenen Lohnkampf der Schuhmacher sowie die aus demselben zu ziehenden Lehren. Der ergebnislose Verlauf des Streiks habe bei allen einsichtigen Kollegen die Ueberzeugung wach-gerufen, daß die Bedeutung dieses Lohnkampfes von vornherein zu leicht genommen und viel zu sehr unterschätzt sei, was auch aus der Ueberpannung einzelner Forderungen hervorgehe. Infolge dessen habe sich die Situation jetzt auch bedeutend besser geklärt. Die neue Vereinigung der Maßgeschäfte bringe es nunmehr den Kollegen deutlich zum Bewußtsein, daß man mit den größeren Geschäften nach und nach zu einem Einheitsstarif kommen müsse, und daß die zukünftigen Kämpfe nicht mehr gegen den Einzelunternehmer, sondern von Organisation gegen Degeneration zu führen sind. Die beim Abschluß des Streiks von den Unter-nehmern gemachten Zugeständnisse seien allerdings nur sehr frag-würdiger Natur, dennoch eröffnen sie die Aussicht auf Abschluß eines Tarifvertrages von längerer Dauer. An den Kollegen selbst, wie auch an der Einsicht der Arbeitgeber liege es nun, bei den im Oktober beginnenden diesbezüglichen Verhandlungen den Arbeitslohn mit der verlangten Arbeitsleistung einigermassen in Einklang zu bringen. Würde den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht in der zu erwartenden Weise Rechnung getragen, so dürfte es eine Zeit längerer Ruhe in diesem Verufe laun geben. Daher sei es auch eine unabweisbare Pflicht der Kollegen, die Organi-sation zu stärken und auch die Lokalkasse leistungsfähiger wie bisher zu machen. — Im Anschluß hieran gab Redner die Streifschreibung. Sie balanziert in Einnahme und Ausgabe in der Summe von 21 441,95 M. An Nichtunterstützungsberechtigte wurden 1662 M. ausgezahlt. In der Diskussion stimmten alle Redner den Aus-führungen des Referenten bei. Diefem selbst als Führer der Streif-kasse wurde einstimmig Decharge erteilt. Zum Schluß erfolgte die Wahl von sieben Kollegen in die neue Tarifkommission.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 27. August. (B. L. Z.) Die die Wälder aus Washington melden, denachrichtigte der amerikanische Gesandte in Konstantinopel Reiffman das Staatsdepartement, daß der ameri-kanische Vizekonsul in Beirut ermordet wurde.

Washington, 27. August. (B. L. Z.) Der amerikanische Gesandte in Konstantinopel teilte weiter mit, daß die Ermordung des ameri-kanischen Vizekonsuls in Beirut am Sonntag stattgefunden hat und daß die Vereinigten Staaten strenge Bestrafung der Schuldigen ver-langen würden. — Wenn die Türkei keine Genehmigung giebt, so wird das in den europäischen Gewässern befindliche amerikanische Geschwader nach Beirut gehen.

Sables d'Orne, 27. August. (B. L. Z.) Die Redemptoristen haben das Kloster verlassen und sich in die Kirche begeben. Auf dem Wege dorthin kam es zu Kundgebungen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Versammlung für das Hansa-Viertel am Freitag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Spreerkallen“, Kirchstraße 27. Vortrag des Genossen Kagenstein über die Wohnungsfrage.

Waidmannslust. Nächsten Monat findet eine Erntewahl zur Gemeindevertretung statt. Die Wählerlisten liegen im Gemeindebureau in Lillbars aus bis zum 30. August. Da wir beabsichtigen, uns an der Wahl zu beteiligen, ist es Pflicht der Genossen in Waidmannslust und Lillbars, die Wählerlisten einzusehen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen.

Lokales.

Der Nordpark.

Der Magistrat hat die Pläne der städtischen Parkdeputation zur Anlage eines „Nordparks“ auf den Reihbergen östlich der Müllerstraße, westlich von Reinickendorf und den Begräbnisplätzen der Golphathas, Gnaden- und St. Johannes-Evangelist-Kirchengemeinden, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, genehmigt und wird dieser eine ausführliche Vorlage zugehen lassen. Der Park soll rund 25 Hektar groß werden, also bedeutend kleiner als ursprünglich geplant worden war. Den ursprünglichen Plan haben die Grundbesitzer durch ihre hohen Forderungen vereitelt. Immerhin wird dieser Park bedeutend größer werden als der „Victoria-Park“. Zum Vergleich sei bemerkt, daß der Friedrichshain 52 Hektar, der Humbolthain etwa 36 Hektar und der Victoria-Park 11 Hektar umfaßt. Die Stadtgemeinde besitzt von dem in Aussicht genommenen Gelände etwa ein Drittel, 83 601 Quadratmeter, so daß noch 176 286 Quadratmeter erworben werden müssen. Die Verhandlungen mit den 9 Besitzern sind schon abgeschlossen, sie sollen rund 1 685 000 M., d. h. 10 M. und 9/10 M. pro Quadratmeter bekommen. Durch Tausch mit städtischem Besitz sollen noch 19 201 Quadratmeter erworben werden. Falls man das städtische, zum alten Grundbesitz der Stadtgemeinde gehörige, sowie das durch Tausch zu erwerbende Grundstück ebenfalls mit 9/10 M. pro Quadratmeter bewertet, dann stellt sich der Preis des zum Park erforderlichen Grund und Bodens auf rund 2 882 000 Mark. Ueber die Kosten der gärtnerischen Anlagen liegen noch keine Anschläge vor. Die Pläne sollen später der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt werden. Die Gesamtkosten sollen aus den Mitteln der städtischen Anleihe, die der Staatsregierung vorliegt und deren Genehmigung nicht mehr zweifelhaft ist, bestritten werden. Mit der Anlage des Parks auf den Reihbergen werden die fahlen, sandigen Höhenzüge, die sich bei jedem Sturm in Bewegung setzen und die Umgebung mit Sand überschütten, verschwinden. Ein Teil des an der Seestraße liegenden Friedhofes wird in den Park einbezogen und daher müssen die darauf befindlichen Begräbnisplätze geschlossen werden. Auch die fiskalische Kadeerei und die dortigen Müllabladepätze gehen ein, wodurch den vielen Klagen der Anwohner ein Ende bereitet wird. Das bekannte in der Müllerstraße befindliche Paul Gerhardt-Stift wird von Osten aus gesehen mitten vor dem Park liegen. Von der Seestraße aus wird der Nordpark einen südöstlichen Zugang und von der Varisus-, Feuer- und Schöningstraße sowie von den Straßen 33 und 33 südwestliche Zugänge erhalten. Zwei Straßen werden den Park von Südosten nach Nordwesten durchschneiden und vier Straßen, darunter die Seestraße im Südosten und die Straße 83a den Park im Nordwesten begrenzen. In unmittelbarer Nähe des Parks liegt das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus der Stadt Berlin.

Ueber die „Berliner Handelsakademie“ von Reil, die im Hause Kommandantenstr. 89 Unterricht in Französisch, Englisch, Buchführung, Handelskorrespondenz usw. erteilt, sind uns von verschiedenen Seiten Beschwerden zugegangen. Die Beschwerdeführer berichten, bei dem Institut in mehrfacher Hinsicht nicht das gefunden zu haben, was sie erwartet hatten. Teils wird bemängelt, daß Zeitungsnachrichten, durch die das Institut seine Unterrichtskurse zur Kenntnis der Interessenten bringen wollte, von „kostenfreiem“ Unterricht sprachen, aber nicht hinzusetzten, daß für Lehrmittel eine Vergütung gezahlt werden muß; zum Teil wird es als zu teuer empfunden, daß z. B. im französischen Unterricht für Lehrmittel, die 60 Druckseiten umfassen, 7,50 M. erhoben werden. Außerdem wird geklagt, daß in der ersten Stunde eines französischen Kurses der Lehrer ausblieb, und daß die Teilnehmer, als sie sich ein zweites Mal einfinden, wieder unverrichteter Sache abziehen mußten, weil die Direktion für den Unterricht einen andern Tag festgelegt hatte.

Auch der „Vorwärts“ hat die Notizen der Reil'schen „Berliner Handelsakademie“ aufgenommen. Wir haben dabei geglaubt, es werde manchem unserer Leser erwünscht sein, möglichst von allen vorhandenen Fortbildungs-Gelegenheiten Kenntnis zu erhalten. Daß im Sprachunterricht in der Regel noch besondere Lehrmittel benutzt werden, hätte auch ohne ausdrücklichen Hinweis sich jeder Interessent allein sagen sollen, und daß für Lehrmittel eine Vergütung zu zahlen ist, versteht sich bei einer privaten Anstalt gleichfalls von selbst. Auch gegen die Höhe dieser Vergütung ist nichts einzuwenden, wenn man berücksichtigt, daß für 7,50 M. nicht bloß die 60 Druckseiten, sondern außerdem ein Unterrichtskursus von 16 Stunden geleistet wird, so daß die Stunde noch nicht 50 Pf. kostet. Uebrigens steht die Direktion des Instituts, trotz ihrer Notizen vom „kostenfreien“ Unterricht, selber auf dem Standpunkt, daß hier, wie sie uns jetzt mündlich erklärt hat, „der Unterricht mit einbezogen“ sei; und das ist unsres Erachtens auch ganz in der Ordnung.

Nach Eingang der Beschwerden haben wir uns mit der Direktion der Handelsakademie Reil in Verbindung gesetzt und dieser erklärt, daß wir es jetzt um unserer Leser willen bedauern, daß das Institut die für den „Vorwärts“ bestimmten Notizen nicht klarer gehalten und die trotz „kostenfreier“ des Unterrichts entstehenden Kosten nicht angegeben hat. Es liegt uns daran, zu verhindern, daß bildungsseifrige und dabei unbemittelte Personen zu einer anfänglich nicht erwarteten Ausgabe veranlaßt werden, die sie nach Empfang des Prospektes in der ersten Ueberraschung zu leisten bereit sind und dann auch leisten, aber hinterher bereuen. Wir haben hinzugesetzt, daß wir Notizen des Instituts Reil, in denen die aus Teilnahme am Unterricht entstehenden Kosten nicht angegeben sind, nicht mehr aufnehmen würden, weil wir unter solchen Umständen das Institut unsern Lesern nicht mehr empfehlen möchten. Es ist uns darauf erwidert worden, man werde fortan den „Vorwärts“ überhaupt nicht mehr in Anspruch nehmen. Hiermit sind wir durchaus einverstanden.

Ueber den Streit um den Unterrichtstermin, der zwischen der Direktion und Teilnehmern eines französischen Kurses schwebt, können wir nicht urteilen; wir wollen daher lediglich berichten. Die Direktion hatte denselben Montag angelehnten Unterricht nach dem Ausbleiben des Lehrers auf einen andern Tag verlegt.

In dem Kreise der Teilnehmer wurde angenommen, es sei in gemeinsamer Beratung der Mittwoch bestimmt worden, und man fand sich daher am Mittwochabend gegen acht Uhr ein. Von Seiten der Direktion dagegen wurde den Erschienenen erklärt, man habe am Montag den Donnerstag „fest verabredet“. Sie bestritten das, aber am andern Morgen besamen sie eine hellschattierte Postkarte, die am Mittwochabend zwischen 8-9 Uhr abgestempelt war und sie für Donnerstagabend um 9 Uhr einlud. Die Aufschrift schloß: — und hoffen, daß Ihnen Tag und Stunde angenehm ist.“ Teilnehmer, denen dieser Tag und diese Stunde nicht genehm ist, werden nun von der Handelsakademie Reil durch gerichtliche Klage die Leistung des Unterrichts für Mittwochabend 8 Uhr fordern.

Ueber den Aufenthalt des Mörders Prinz Prosper zu Arenberg in der Strafanstalt zu Zegel weiß eine hiesige Korrespondenz, der wir die Gewähr für diese Meldung überlassen müssen, das Folgende zu berichten:

Prinz Prosper von Arenberg scheint sich mit dem Umzug nach der Strafanstalt Zegel nicht sonderlich verschlochten zu haben. Erst wenige Tage vor der Ankunft war dem Direktor Klein mitgeteilt worden, daß am 25. August der Strafgefangene Prinz Arenberg aus Hannover eintreffe. Die Direktion hatte für eine gute Zelle Sorge zu tragen, auch sollte über den Namen des prinzipal Gefangenen nicht das mindeste laut werden. Der Besuch der Zelle, die zur Zeit gestrichen und renoviert wird, ist den Wärtern und Oberwärtlern verboten worden, nur die Inspektoren und höheren Beamten werden später hier Zutritt haben. Der Prinz wird nur nach der Nummer seiner Zelle benannt werden. Am Dienstag morgen wurde Prinz Arenberg vom Bahnhof Zegel angeblich mit der Equipage des Direktors Klein (?) abgeholt, um alsbald in der Lazarettabteilung stationiert zu werden. Da erstens der prinzipal Gefangene von der Reise zu abgespannt und zweitens seine Zelle noch nicht fertig war. Er erzählt, daß die Fahrt, auf der er von mehreren Beamten begleitet war, ganz famos gewesen wäre. Auf die Frage, weshalb er von Hannover weggebracht worden sei, erwiderte er, daß absolut nichts vorgefallen sei. Er habe nur stets den Wärtern den Schnaps ausgegossen. Uebrigens priemt Prinz Arenberg, da man ihn nicht genügend rauchen lasse. Ueber die Kost im Lazarett hat der Gefangene schon Klage beim Anstaltsarzt geführt; auf den Hinweis, daß er sich selbst beschäftigen könne (das Essen wird aus dem Karlsruher Restaurant beschafft), ging der Prinz nicht ein. Die Verwandten scheinen ihn knapp zu halten. Daß der Prinz von den Wärtern und anderen Beamten teils mit Erlaucht, teils mit Durchlaucht angeredet wird, muß ihm über die schwere Strafe (wie er sie nennt) etwas hinwegtrösten. Gestern vormittag machte er bereits einen zweifelhaften Spaziergang, auf dem er vom Direktor Klein begleitet wurde.

Uns erscheint an diesen Mitteilungen einer Zeitungskorrespondenz manches ungläubig. So u. a. die Meldung, daß dem prinzipal Mörder anheimgestellt worden sei, sich selbst zu bestrafen, da diese Vergeltung nur solchen Gefangenen zu teil werden soll, die nicht wegen gemeiner Verbrechen verurteilt sind. Dergleichen dünkt uns die Geschichte von der Equipage ungläubig und ebenso die Mitteilung, daß der Direktor der Anstalt den Verbrecher auf seinen Spaziergängen unterhalte. Auch die Titulatur „Erlaucht“ sollte man in preussischen Gefängnissen nicht für möglich halten, wo untere Beamte sich noch zum Teil die Anzelmlichkeit leisten, politische Gefangene nicht mit „Herr“ anzureden. Vielleicht erfolgt eine amtliche Auslassung über die Angelegenheit des prinzipal Mörders. Wir sind die letzten, die gegen eine humane Behandlung der Gefangenen etwas einzuwenden haben; nur soll man einen Mörder nicht deshalb, weil er Prinz ist, vor andern auszeichnen.

Neue Berliner Straßennamen. Der Kaiser hat einer Reihe von neuen Straßen, Plätzen und Brücken in Berlin Namen beigelegt, und zwar der im Zuge der Verlebergerstraße über die Gasse der Berlin-Lehrter und Berlin-Hamburger Eisenbahn führenden Brücke den Namen „Verleberger Brücke“, der Straßenüberführung im Zuge der Beusselstraße den Namen „Beusselbrücke“, der von der Föhlerstraße nach Putzstraße führenden Brücke über den Spandauer Schiffschleusen den Namen „Putzbrücke“, der Straße 25a der Abteilung XI des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins den Namen „Guineastraße“, der Straße 1 der Abteilung XI des Bebauungsplanes den Namen „Vornholmerstraße“, der Straße 12 derselben Abteilung den Namen „Schwefelenerstraße“, der Straße 13 derselben Abteilung den Namen „Driefenerstraße“, der Straße 14 derselben Abteilung den Namen „Schönflieherstraße“, der Straße 15 derselben Abteilung den Namen „Seelowerstraße“, der Straße 16 derselben Abteilung den Namen „Sonnenburgerstraße“, der Straße 17 derselben Abteilung den Namen „Ahlhölzerstraße“, der Straße 23 derselben Abteilung den Namen „Gaudystraße“, der Straße 24 derselben Abteilung den Namen „Cantianstraße“, dem Plage H 1 derselben Abteilung den Namen „Animpfplatz“, der Straße 20a der Abteilung XII des Bebauungsplans den Namen „Anglerstraße“, dem Plage E derselben Abteilung den Namen „Humannplatz“, den Straßen 8 und 3a der Abteilung XIII 1 des Bebauungsplans den Namen „Braunsbergerstraße“, der Straße 10 der Abteilung XIV des Bebauungsplans den Namen „Kopernikusstraße“, den Straßen 12 und 12a derselben Abteilung den Namen „Revalerstraße“, der Straße 14 derselben Abteilung den Namen „Simon-Dachstraße“, der Straße 40b derselben Abteilung den Namen „Perinstraße“ und endlich der Straße hinter dem Kommandanturgebäude den Namen „An der Kommandantur“.

Jahresplauänderung im Vorortverkehr. Bei den Vorortzügen der Strecke Berlin, Potsdamer Ringbahnhof - Posen treten, wie die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin bekannt macht, mit dem 10. September d. J. die folgenden Jahresplauänderungen ein: Der Zug 904 wird vom Potsdamer Ringbahnhof bereits um 6.28 früh und der Zug 924 um 2.28 nachmittags abgefahren werden. (Ankunft in Posen 7.28 vormittags bzw. in Rahlow 2.57 nachmittags); die Züge 903 und 909 verkehren ab Posen erst um 5.31 früh bzw. 10.31 abends (Ankunft in Berlin, Potsdamer Ringbahnhof 6.28 früh bzw. 11.27 abends).

Der Leutnant Graf Sandisin aus Berlin hat sich, wie das „M. Journal“ meldet, am Ufer der Außenalster in Hamburg eine Kugel in den Kopf geschossen und ist dann ins Wasser gestürzt. Seine Leiche wurde bei dem Vergnügungslokal „Alsterlust“ aus den Fluten gezogen. Unglückliche Liebe soll den Offizier in den Tod getrieben haben.

Im Zeichen des Verkehrs. Amlich wird bekannt gegeben: Aus Anlaß der am 30. August cr., mittags 12 Uhr, im Zeughaus stattfindenden Fahnenweihe sowie des Salutschießens im Lustgarten werden von 10 1/2 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feierlichkeiten — etwa gegen 2 Uhr — der Lustgarten, die Schloßfreiheit, die Kaiser-Wilhelm-Brücke und die Salohbrücke sowie die Plätze am Zeug- und Opernhause für Fuhrwerk, Reiter und Fußgänger nach Bedarf gesperrt.

Der Entwurf einer neuen Droßkennzeichnung für Berlin ist nunmehr den Fuhrwerkinteressenten vom Polizeipräsidenten zur Beurteilung übermittle worden. Etwasige Abänderungs- oder Ergänzungs-vorschläge sind bis 1. Oktober d. J. einzureichen. Die neue Droßkennzeichnung enthält 80 Paragraphen und soll als Orts-Polizeiverordnung gleichlautend für die Städte Berlin, Schöneberg, Charlottenburg und Niddorf erlassen werden. Der Tarif weist nur geringe Änderungen auf. Die Beschränkung der weiteren Annahme des Droßkennzeichens bleibt der Polizei vorbehalten, jedoch mit der Einschränkung,

daß die Einstellung der Neuausgaben von Droßkennnummern nur für den ganzen Landespolizeibezirk Berlin erfolgen kann. Die Gesamtzahl der Berliner Droßken beläuft sich zur Zeit auf 8085, von denen 6497 mit Jahrespreisangeben versehen sind.

„Darmherzige“ Samariter. Uns wird berichtet: Am 20. August abends nach 6 Uhr erlitt der 17jährige Gärtlerlehrling W. Knuth auf seiner Arbeitsstelle in der Dramenburgerstraße einen Unfall, indem er ausglitt. Da er über heftige Schmerzen im rechten Bein klagte und auch nicht gehen konnte, brachten ihn seine Arbeitskollegen nach der Königl. Klinik in der Ziegelstraße. Hier wurde ihm auch zwischen 10 und 11 Uhr ein Verband angelegt, dann aber forderte ihn der Arzt auf, die Klinik wieder zu verlassen. Auf die Bemerkung des Verletzten, daß er doch nicht auftreten könne, meinte ein Wärter: „Ach was, solche Durschen kennen wir schon, man los, los“. Damit setzte man den jungen Mann auf einen Rollstuhl, fuhr ihn vor die Thür, befahl ihm dort aufzustehen, was ihm auch mit Mühe gelang, dann war die Thür zugehört und man stand der Verletzte allein in der Nacht, seinen Stiefel und Strumpf in der Hand haltend, von Schmerzen gepeinigt und unählig zu gehen. Später kam ihm allerdings Hilfe von einem älteren Herrn und einem Kriminalbeamten, die ihn in einen Straßenbahnwagen setzten und später unter Assistenz zweier Schutzleute nach der Wohnung seiner Eltern in der Wiesenstraße brachten. Am nächsten Tage kam der Verunglückte nach der Charité, wo die Verletzung sich als ein Bruch des rechten Wadenbeines erwies. — Verkündigt, daß man eine derartige Verletzung nicht auch gleich bei der Anlegung des Verbandes in der Igl. Klinik erkannt hat!

Vorbereitungen zur Hochzeit. Ueber die Dächer ging der Einbrecher Johann Kottner aus Wahren, um sich für die bevorstehende Hochzeit seine ganze Einrichtung und Ausstattung von den Hausböden zu stehlen. Als gelernter Dachdecker brachte er das leicht fertig. Um auf seinen lustigen Wanderungen nicht aufzufallen, führte er stets auch sein Dachdecker-Handwerkzeug mit sich. Auf dem Dache des Hauses Lützowstraße 42/43 aber machte er sich doch verdächtig, als er ein Bodensterz öffnete und verschwand. Eine Frau, die das sah, machte ihren Mann darauf aufmerksam, und als diesem der Pförtner erklärte, daß keine Dachdeckerarbeiten vorgenommen würden, holte man die Polizei. Nun floh Kottner über einige Dächer hinweg, bis ein hoher Brandgiebel ihm Halt gebot. Er verjüchte zwar, auch diesen zu erklimmen, aber bevor er noch weit gekommen war, hatten die verfolgenden Beamten ihn schon gefaßt. Seine Braut, mit der er nach acht Tagen die Hochzeit feiern wollte, war gestern nicht wenig erschrocken, als sie ihn auf dem Polizeipräsidentium als festgenommenen Einbrecher wieder sah. Sie hatte von seinem Treiben keine Ahnung gehabt. In der Wohnung, die der Verhaftete schon gemietet hatte, beschlagnahmte die Kriminalpolizei eine große Menge der verschiedensten Sachen, deren Eigentümer zum größten Teil noch unbekannt sind, u. a. auch einen zerrissenen Futterack mit der Bezeichnung General Lenz, Stad des Generalkommandos 8. Armee-corps, Lederetuis zum Einstecken von Karten, Adressen zc. mit der Firma Hermann Hampe, Parkgrafenstraße 60, und dergleichen mehr. Wie der Einbrecher zu diesen Dingen gekommen ist, weiß man noch nicht.

Der wegen Mordversuchs verhaftete Kellerer Fritz Scheffler hat die That mit Ueberlegung ausgeführt. Der von ihm durch fünf Kugelschüsse, aber nicht lebensgefährlich verwundete Rusler Lenius ist, wie bereits mitgeteilt, der Bruder der von Scheffler geschiedenen Ehefrau. Scheffler hatte gleich im Beginn der Ehe seine Frau wiederholt mißhandelt. Sie zog deshalb zu ihrem unverheirateten Bruder und leitete mit Erfolg die Scheidungslage gegen ihren Mann ein. Scheffler, dessen wiederholte Annäherungsversuche an die Frau abgewiesen wurden, schob die Schuld daran auf seinen Schwager Lenius. Eines Tages drang er in dessen Wohnung und nahm an ihm wie seiner ehemaligen Frau durch thätliche Beleidigungen Rache. Auf Anzeige seines Schwagers wurde er wegen Hausfriedensbruches und Beleidigung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, eine Strafe, die er dieser Tage antreten sollte. Zuvor wollte er seinen Nachbarn an Lenius kühlen, er lachte ihm auf und gab, wie bereits gemeldet, sechs Schüsse auf ihn ab. Davon trafen fünf, zwei die rechte Seite des Opfers, die drei übrigen dessen rechten Arm. Wie von anderer Seite berichtet wird, ist in dem Befunden des verwundeten Ruslers Lenius eine kleine Besserung eingetreten. Die Aerzte hoffen, den Verletzten am Leben erhalten zu können, doch wird der 30 Jahre alte Mann zeitlebens ein Krüppel und für seinen Beruf untauglich bleiben, da ihm eine Kugel das rechte Ellenbogengelenk zerschmetterte.

Große Fleischzufuhren aus Sibirien dürfen demnächst in Berlin erwartet werden. Es hat sich für den Fleischimport aus diesen durch die große sibirische Eisenbahn neu aufgeschlossenen Gegenden, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ meldet, ein Konsortium gebildet, das von hier geeignete Leute zum Einkauf entsendet. Es kommt für dieses Geschäft gepökeltes Rindfleisch in Stücken von 4 Kilogramm in Betracht, das in ganzen Wagenladungen von 10 000 Kilogramm hierher befördert wird und dann auf dem hiesigen Fleisch-Engrosmarkt in der Central-Markthalle 1a zum Verkauf gelangt. Zur besseren Vieh soll geschlachtet werden und zwar von Berliner Gefellen, die in einigen Tagen die weite Reise antreten. Die Ausgaben für Transport, Zoll und sonstige Spesen stellen sich auf 3500 M. pro Waggon von 10 000 Kilogramm. Mit der Einfuhr soll vorläufig bis zum Frühjahr fortgefahren werden.

Au der Unfallstelle bei Teltow, woselbst der verhängnisvolle Zusammenstoß der beiden Personenzüge stattfand, ist die Brücke soweit fertiggestellt, daß das Geleise I wieder fahrbar gemacht werden konnte. Dafür ist jetzt aber das Geleise II gesperrt, und man hat deshalb eine neue Umfahrsweise angelegt, die sich unmittelbar vor dem Bahnhof Teltow befindet. Das die Strecke befahrende Zugpersonal ist angewiesen, unter allen Umständen vor dem Aufahren auf die Weiche die Züge auf der Station Teltow zum Stehen zu bringen. Da der Aufenthalt nur ganz kurze Zeit dauert, werden Fahrkarten zu denjenigen Zügen, welche fahrplanmäßig die Station durchfahren sollen, nicht verkauft.

Gesundetelei. Die sogenannten Sympathieuren haben wieder ein Opfer gefordert. Die Frau des Bahnarbeiters Kroll hatte sich in der vergangenen Woche eine Gesichtserose zugezogen, die heftige Schmerzen verursacht. Anstatt nun einen Arzt zu Rate zu ziehen, ging sie zu einer in der Schönhauser Allee wohnenden „Kugen Frau“, die ihrer Sympathieuren wegen im dortigen Stadtteil bekannt ist. Diese „Wunderfrau“ besprach die Rose unter allerschand Gebetsformeln und bestrich das Gesicht der Patientin, wie behauptet wird, mit einer ätzenden Flüssigkeit. Die Folgen dieser Wunderkur waren, daß das Gesicht der Frau Kroll verödete und man die unglückliche schließlich nach der Charité schaffte. Hier ist sie gestern unter großen Qualen verstorben.

Auf dem Wege von der Schule überfahren und schwer verletzt wurde gestern mittag der zwölfjährige Sohn Max des Arbeiters Reusch, Kirchbachstr. 18. Der Knabe wurde an der Ecke der Wallstraße die Potsdamerstraße kreuzen und geriet infolge eigener Unvorsichtigkeit unter eine vorüberfahrende Taxameterdroßke, deren Räder über ihn hinweggingen. Reusch erlitt schwere Verletzungen. Er wurde in der Droßke, die den Unfall veranlaßt hatte, nach der Unfallstation in der Bahnstraße und von dort nach dem Krankenhaus gebracht.

Übermals geistesranke Verbrecher. Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Dem Herrn- und Goldwarengeschäft von Berlin u. Land, Invalidenstr. 84, wurden nachts durch Einbrecher für 10 000 M. Wertgegenstände geraubt. Als den Thäter hat die Polizei binnen 24 Stunden einen Mechaniker Mittelstich und einen Schlosser Lorenz ermittelt und festgenommen. Auch diese beiden Einbrecher sind „geisteskrank“. Mittelstich ist ein sehr intelligenter Mensch und

Außerst gefährlicher Mechaniker. Ihm widersteht kein Rinschloß. Vor Jahresfrist wurde er mit Lorenz zusammen bei einem Einbruch in ein Goldwarengeschäft abgefaßt und hinter Schloß und Riegel gesetzt, aber das Strafverfahren mußte eingestellt werden, da beide für geisteskrank erklärt wurden. Mittelst wurde in der Irrenanstalt Herzberge untergebracht, Lorenz in der Privatanstalt Berolina. Dortin schiedte man am 14. d. M. auch Mittelst, da man ihn wohl nicht mehr für gefährlich hielt. Bei der Ueberführung wachte er sich ein Stück Eisendraht zu besorgen. Das genügte ihm für jedes Schloß, und so fanden er und sein Freund Lorenz schon nach vier Tagen den Weg ins Freie. Dann brachen sie baldigt bei Merklin ein. Die Leute zu „verschärfen“ hatten sie keine Zeit mehr, sie wurden zu schnell gefaßt. Der größte Teil des gestohlenen Gutes konnte dem Geschädigten wieder zugestellt werden. Die beiden Einbrecher spielen jetzt wieder den „widigen Mann“ und werden wohl wieder in eine Irrenanstalt gebracht werden.

Nach Unterschlagung von 20 000 Kronen ist der Schlächtermeister P. Ahmussen aus Alborg von Kopenhagen flüchtig geworden. Der Mann ist auch auf dem hiesigen Schloß- und Viehhof nicht unbekannt und es wird daher vermutet, daß er sich hierher gewandt habe. Ahmussen, der mit einer Dame reist, ist 42 Jahre alt und mittelgroß, hat blondes Haar und einen blonden Schnurrbart, ein längliches rötliches Gesicht und trägt gewöhnlich einen grauen Reisüberzieher.

Auf einen mutmaßlichen Mörder ist auch die hiesige Kriminalpolizei aufmerksam gemacht worden. Am vergangenen Montag wurde in Schütta bei Offenburg ein Mann in die Schütta geworfen und ertrank. Dieses Mordes verdächtig ist ein Walter Isidor Schmidt, der in Hausach am 30. Dezember 1888 geboren wurde. Schmidt ist 1,65 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und Schnurrbart, ein bleiches mageres Gesicht und eine gebückte Haltung. Er tritt als Komiker und Vaudeville auf und trägt eine Spielhahnenfeder am Hut.

Zu der Verhaftung der Warenswindler, über die wir kürzlich berichteten, erfahren wir noch, daß der bei der Rückkehr aus England verhaftete Kaufmann Karl Wiese in England, besonders in London seine Schwindeldosen unter der Firma Charles Wagner und Fuller Tottenham Court Road ebenfalls in großem Umfange betrieben hat. Es wäre erwünscht, daß sich Leute, die er unter diesem Namen geprellt hat, bei der Kriminalpolizei melden.

Hus den Nachbarorten.

Rixdorf. In einer außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wurde Vorsteher Sander zum Städtetag in Dresden delegiert; den Magistrat wird Oberbürgermeister Vobdin vertreten. Auf der Tagesordnung standen noch einige andre Verhandlungsgegenstände, die jedoch des schwachen Besuches wegen vertagt wurden.

Schmargendorf. In der Gegend des Rathauses werden große Straßenzüge angelegt. Darunter ist auch die 50 Meter breite Prachtstraße „Hohenzollernstraße“. Seit Romani ist hier mit Planierungs- und Pflasterarbeiten ein großes Heer von Arbeitern der Firma Maarberg in Wilmersdorf beschäftigt. Zu diesen gesellen sich jetzt auch die zahlreichen Mohrleger und Erdbarbeiter der Firma Callandri-Friedenau. Arbeit ist hier noch auf viele Monate vorhanden, aber es fehlt an Einrichtungen für die Arbeiter. Vor allem fehlen Abortanlagen, so daß die Arbeiter, wie man uns meldet, gezwungen sind, unmittelbar an den Verkehrswegen ihren Bedürfnissen zu genügen. Diese Vorgänge können sogar von den Fenstern des Rathauses aus beobachtet werden. Sollte die Ortspolizei da nicht endlich die Internehmer zur Aufstellung von Abortanlagen anhalten?

Herr Gastwirt Meißner aus Charlottenburg teilt uns mit, daß nicht er das Inferat, den zu verheulenden Papagei betreffend, ausgegeben habe, sondern daß „gute Freunde“ dies, anscheinend in einer Bier- oder Weinlaune, getan hätten. Er habe sofort, als er davon erfuhr, lediglich um sich Auseinandersetzungen mit den nicht mehr als er selbst gefoppten Vogelliebhabern zu eriparen, ein Plakat vor die Thür gehängt, worin er mitteilte, daß der Papagei schon vergeben sei. Ein Strafmandat wegen groben Unfugs habe er nicht erhalten.

Zu dem Zusammenbruch des Bankhauses Seiler in Rathenow, der dieser Tage erfolgte, schreibt die „Potsd. Corr.“, daß Seiler ein Ledemann erster Garnitur war, der mit den ihm zumeist von kleinen Leuten anvertrauten Geldern gewissenlos umging. Seiler befindet sich als angeblich geistesgestört in einer Anstalt. Nach und nach kommt jetzt die verschiedenen Wechselstellungen, die Seiler, um sich über Wasser zu halten, begangen hat, zur Kenntnis der Behörde. Die Summe der Seilerschen Verpflichtungen ist auf über 200 000 M. angewachsen, dagegen ist nur eine ganz geringe Aktivmasse vorhanden. Der von dem Pfleger Seilers mit seiner Vertretung beauftragte Justizrat Kauf hat dies Amt niedergelegt, da er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß Seiler aus verbrecherischem Willen die Straftaten begangen hat. Jeder, der Seiler kannte, hat ihn für vollständig geistig zu rechnungsfähig gehalten und man ist deshalb um so mehr erstaunt darüber, daß er auf Grund eines ihm von einem Verwandten ausgestellten ärztlichen Attestes Aufnahme in eine Privat-Irrenanstalt gefunden hat. Man hofft in den beteiligten Kreisen, daß der betrügerische Bankrott und Wechselstücker auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft einer staatlichen Irrenanstalt zur Beobachtung überwiesen werden wird.

Krieg unter den Frommen in Friedrichsfelde. Bei den im Oktober stattfindenden Kirchenwahlen wird es zwischen den Friedrichsfelder und den Karlsdorfer Frommen wohl zu einem heißen Kampf kommen. Die Karlsdorfer, die bekanntlich zur Gemeinde Friedrichsfelde gehören, finden es besämdam, daß sie ihre Andacht in einer Kapelle verrichten müssen; sie verlangen den Bau einer Kirche. Die Friedrichsfelder sagen: „Taschen zu“. Uns launs recht sein.

Einbrüche in Friedrichsfelde. Eine wertvolle Einbrecherbande treibt seit ungefähr vier Wochen hier ihre Verheerungen. Mit welcher Frechheit die Verbrecher vorgehen, zeigt sich daran, daß sie in mehreren Fällen durch offenstehende Fenster sogar in Schlafstuben eingedrungen sind und alles, was der Wirtin wert war, gestohlen haben. Polizei ist anscheinend genug hier. In jeder Arbeiterversammlung sind die beiden Ortsdarmen von Anfang bis Schluß anwesend, auch Radfahrer sowie Fuhrwerksbesitzer, welche sich gelassen lassen, abends ohne Laterne zu fahren, kagen nicht über mangelnde Polizei-Aufsicht.

Gerichts-Zeitung.

In der letzten Wahlbewegung wurzelle ein Beleidigungsprozeß, welcher gestern die erste Ferienkammer am Landgericht II beschlichtete. Unser Parteigenosse Bedakteur Ernst Rieger von der Spandauer „Laterne“ war von dortigen Schöffengericht wegen Beleidigung des Gendarmen Bauer zu Strafen zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden und hatte dagegen Berufung eingelegt. Im Februar d. J. hatte der Angeklagte in der „Laterne“ einen Bericht veröffentlicht, in welchem er die Schwierigkeiten schilderte, welche antikerfests der sozialdemokratischen Agitation in den Weg gelegt würden. U. a. wurde auf das Abtreiben der Säle für Versammlungen hingewiesen und schließlich bemerkt, es sei so weit gekommen, daß der Gendarm Bauer dem Schuhmachermeister Lüdtke gesagt habe, er solle dem örtlichen Vertrauensmann Wilhelm Wegner in Staaten kein Schuhwerk mehr machen. Daraufhin habe der Schuhmacher auch dem Vertrauensmann Wegner ein Paar angefangene Schuhe unfertig zurückgeschickt mit dem Bemerkung, er solle sich dieselben anderwärts fertig machen lassen. Diese Thatsache wurde vor dem Schöffengericht allerdings festgestellt, nicht aber der Umstand, daß der Gendarm Bauer den Schuhmacher dahin beeinflusst hatte, er berief sich aber darauf, daß der Artikel in der Erregung der Reichstags-Wahlbewegung geschrieben sei und daß er sowohl im Interesse seiner Partei, wie in seinem eignen Interesse geschrieben habe. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Liebnecht, suchte nachzuweisen,

daß der Angeklagte in der That ein berechtigtes Interesse zu vertreten hatte, denn der Vertrauensmann Wegner sei der Expedient der „Laterne“ und da sei es dem Angeklagten doch nicht gleichgültig gewesen, wenn sein Expeditur in seiner Arbeit behindert werde. Außerdem habe das Reichsgericht entschieden, daß ein eignes Interesse auch dann vorliege, wenn ein mit dem eignen verwandtes Interesse eines Dritten verletzt werde. Der Gerichtshof erkannte an, daß in gewissen Sinne ein berechtigtes Interesse des Angeklagten vorliegen könnte, wenn die ganze Form des Artikels nicht erkennen ließe, daß der Angeklagte mit dem Artikel lediglich bezwecke, dem Gendarmen etwas an Zeug zu stücken. Die Berufung wurde daher verworfen.

Zur Warnung für Zeugen. Gestern stand die Zeitungsanstaltlerin Frau Kunow's Li wegen widerrechtlicher Erhebung von Zeugengebühren vor dem Schöffengericht. Sie war am 24. Oktober vorigen Jahres in einer Privat-Klage als Zeugin geladen. Sie erhielt von der Gerichtskasse 20 Pf. Jahrgeld erlegt. Auf Grund ihrer Behauptung, daß sie zu Hause zwei kleine Kinder habe, zu deren Beaufsichtigung in ihrer Abwesenheit sie eine Frau habe annehmen müssen, erhielt sie noch eine Mark angewiesen. Wie sich später herausstellte, hatte sie keine Frau zur Beaufsichtigung ihrer Kinder angenommen, mithin die eine Mark zu Unrecht erhalten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte eine Geldstrafe von 20 M., der Gerichtshof meinte aber, daß sie sich der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise nicht voll bewußt gewesen sei und ließ es bei einer Geldstrafe von 3 M. bewenden.

Eines Diebstahls aus Pietät war die fast sechzigjährige Rätlerin Henriette B. beschuldigt, welche gestern vor der 130. Abteilung des Schöffengerichts stand. Die schon recht gebrechliche Angeklagte lebt in den ärmlichsten Verhältnissen. An einem Juli-Nachmittag d. J. besuchte die Angeklagte das Grab ihres Bruders auf dem Jerusalemer Kirchhofe. Wie sie vor Gericht unter Tränen erzählte, hätte sie so gern einen Kranz auf das Grab ihres Bruders gelegt, dessen Geburtstag an diesem Tage war, aber sie hätte die Kosten nicht erbringen können. Als sie nun vor dem schmuddigen Grabhügel gestanden habe, sei ihr Blick auf den Nachbarhügel gefallen, der mit Kränzen beinahe überladen war. Da habe sie der Verurteilung nicht widerstehen können. Sie habe von dem reich geschmückten Grabe einen weißen Kranz genommen und ihn auf den schmuddigen Hügel ihres Bruders gelegt. Ein Kirchhof-Aufsicht habe sie dabei ertappt. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte eine Gefängnisstrafe von drei Tagen, der Gerichtshof belieh es bei dem zulässig niedrigsten Strafmaß — einen Tag Gefängnis.

Eine für alleinlebende Frauen gefährliche Persönlichkeit ist der Arbeiter Wilhelm Schull, welcher gestern wegen wiederholten Diebstahls und Betruges vor der siebenten Ferien-Strammkammer des Landgerichts II stand. Der erst 32 Jahre alte Angeklagte hat nicht weniger als 12 Jahre im Gefängnis und im Zuchthaus zugebracht. Seine Specialität besteht darin, daß er sich unter fremdem Namen bei Witwen ein möbliertes Zimmer oder eine Schlafstelle mietet, um seine Wittinnen dann gebrüderlich anzuborgen oder zu beschlehen. In den vorliegenden Fällen hatte er sich zumeist als Gerichtsschreiber ausgegeben und dadurch Vertrauen zu erwerben gewußt. Eine der Frauen hatte ihm ihre gesamten Ersparnisse in Höhe von 150 M. geliehen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust, Polizeiaussicht und 150 M. Geldstrafe. Als der Verurteilte ins Gefängnis zurückgeführt wurde, drang die ganze Menge der empörten geschädigten Frauen auf ihn ein. Er wurde mit Schimpfworten belegt und angepöbeln; der Gerichtsdienner hatte Mühe, ihn vor Schlägen zu bewahren.

Verfammlungen.

Zu den Berichten über die Berliner Parteiversammlungen in der gestrigen Nummer erhalten wir die nachstehenden Zuschriften:

Genosse Auer schreibt uns in Bezug auf den Versammlungsbericht aus dem zweiten Wahlkreise:

Ich wandte mich gegen die in einem Teil der Parteipresse, wie auch in der Versammlung selbst laut gewordenen Annahme, daß es sich in dem Vernstein'schen Artikel um einen von den Revisionisten geplanten Vorstoß gegen die bisher in der Partei geübte Taktik handele. Im Gegenteile, so führte ich aus, sei von allen sogenannten Revisionisten, die sich bis jetzt zur Sache geäußert, der Vorschlag als unzeitgemäß und ungeschickt bezeichnet worden. Ich selbst habe den Artikel für eine qualifizierte Dummheit gehalten, so daß ich es begreifen würde, wenn die in der Partei vorhandenen Widersacher Vernsteins diesen Anlaß benutzen und ihm sagen würden: Wenn Dir an dem Lobe der Gegner so viel liegt, so gehe zu ihnen!

Daß eine solche Stimmung — nicht zum wenigsten gefördert durch die Art und Weise, wie bei uns die Parteipresse vielfach geführt wird — in nicht kleinen Parteischichten vorhanden ist, wird niemand leugnen, der mit den Parteiverhältnissen vertraut ist.

Diese bedauerliche Stimmung nun durch fortgesetztes, wichtigeres Herumdoktern an den nebensächlichsten Dingen noch zu fördern, dagegen mich in schärfster Weise auszusprechen, das war allerdings meine Absicht.

Gerade als entschiedener Anhänger der freien Kritik auch innerhalb der Partei und weil ich weiß, wie schwer es für eine von allen Seiten angefochtene und verfolgte Partei fällt, das Recht auf diese Kritik aufrecht zu erhalten, deshalb bedauere ich, wenn die kleinlichsten Dinge zu Hauptaktionen aufgebraucht werden. Ein solcher Fall liegt aber in der Vizepräsidenten-Frage wieder vor. Aus einer Müde ist da wieder ein Elefant geworden, und den Anlaß dazu hat Vernstein durch seinen überflüssigen Vorschlag gegeben. Auf die Konsequenzen dieses ungeschickten Vorgehens hinzuweisen, das war der Zweck meiner Ausführungen. Daß es aber meine Meinung sei, Vernstein werfe immer neue Streitfragen auf, um das Lob der Gegner einzuharfen — wie es nach dem Bericht des „Vorwärts“ heißt — so ist das ein großes Mißverständnis, an dem ich aber unschuldig bin. Daß gerade mir, der ich doch allgemein als „Vernsteinianer“ bezeichnet bin, das passieren muß, ist übrigens der Humor an der Sache.

J. Auer.
Ihr Bericht über die Versammlung im dritten Wahlkreise vom 25. d. M. ist — gewiß unabsichtlich und ohne positive Unrichtigkeiten zu enthalten — geeignet, einen solchen Gesamteindruck von meinen Ausführungen hervorzuheben. Ich bitte Sie deshalb, folgendes feststellen zu dürfen:

In der Vizepräsidenten-Frage habe ich meinen bisherigen Standpunkt vollkommen gewahrt. Danach habe ich die Erlangung einer Vizepräsidentenstelle für vorteilhaft und die Teilnahme an dem formellen Kaiserbesuch für unbedenklich erklärt, wenn auch z. T. aus andren Gründen wie Vernstein. Was man dagegen angeführt hätte, wären, wie ich hervorgehoben habe, nichts als Gefühlsargumente, die ich in keiner Weise billigen könnte. Wenn aber hauptsächlich ein großer Teil der Genossen noch solche Gefühle hätte und sich durch den „Hörsang“ eines Socialdemokraten entwürdigt fühlen würde, so müßte man eben mit solchen Gefühlen rechnen, bis sie sich verloren hätten. Ich wäre völlig sicher, daß dieser Gefühlseifer ebenso schwinden würde wie der, mit dem man sich seiner Zeit gegen die Beteiligung am Parlament überhaupt und später gegen die am Seniorenlombent entrüstet hatte. Bis dahin könnte man warten.

Ich habe ferner mich zwar mit der aus dem Bericht ersichtlichen Deutlichkeit gegen Vernsteins öffentliche Erörterung der Frage erklärt, die ich sowohl mit Rücksicht auf die gegnerischen Fraktionen als auf die Parteigenossen für unrichtig halte, ich wünsche aber es nicht unerwähnt zu lassen, daß ich mich mit derselben Schärfe gegen Vernsteins Widersacher gewendet habe, die durch ihre Art der Polemik aus einer einfachen Frage erst ein Parteigezänk gemacht hätten. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß mich nur die Maßlosigkeit und Unrichtigkeit der Angriffe gegen Vernstein bewegen haben, in der Frage überhaupt das Wort zu ergreifen, nicht des Vizepräsidenten selber wegen, sondern im Interesse der durch solche Polemik trotz aller formellen Verwahrungen thatsächlich

gefährdeten Freiheit der Ueberzeugung und des Wortes. Ich habe dafür weniger auf Bebel verwiesen, dessen falsche Auffassung ich vielmehr mit seiner Entfremdung von hier und der Unmöglichkeit einer persönlichen Aussprache entschuldigt habe, als vielmehr das Treiben gewisser Parteiblätter verantwortlich gemacht.

Berlin, den 27. August 1903.

Wolfgang Heine.

Ich bitte um Richtigstellung des Versammlungsberichts vom fünften Kreise, soweit es meine Person betrifft.

Ich habe nicht gesagt, daß es „mich freut“, daß Vernstein die Präsidentenfrage in dieser Weise erörtert hat, sondern ich habe das bedauerlich, namentlich auch den bezüglichen Artikel in der „Vorsauer Volkswacht“. Ferner sagte ich nicht, die Frage werde von selbst verschwinden, sondern sie werde aller Voraussicht nach gegenstandslos werden, da die bürgerlichen Parteien uns nicht in die Lage bringen, den Präsidentenposten zu besetzen. — Im übrigen habe ich die Notwendigkeit positiver Mitarbeit an der sozialen Gesetzgebung betont.

Emil Dittmer.

Vermischtes.

Der Brand des Budapester Warenhauses. Die gesamte Budapester Presse beurteilt auf das allerhöchste den in der Budapester Stadtverwaltung herrschenden Selbstrieden und die Protektionwirtschaft, die einzig und allein die Schuld daran tragen, daß die Katastrophe einen so ungeheuren Umfang annehmen konnte. Der „Bestler Lloyd“ führt weitere Beweise für diese unglaubliche Korruption an, denen wir noch folgendes entnehmen: Das hauptstädtische Bauamt verfügt, daß bei vierstöckigen Häusern der leer zu bleibende Hofraum mindestens 15 Prozent der zu bebauenden Fläche betragen müsse, das in Rede stehende Haus besaß aber überhaupt keinen Hofraum. Das Feuerisicherheits-Gesetz verbietet aufs strengste, in offenen Geschäftslokalitäten Explosivstoffe über ein gewisses geringfügiges, ungefährliches Minimum zu führen. In dem Warenhaus waren aber ungeheure Mengen Explosivstoffe und Feuerwerkskörper aufgestapelt. Die Fachmänner sind darüber einig, daß die fürchterliche Explosion dieses zerstörungsmaterials — und nicht der elektrische Kurzschluß — die Flammen bis hoch hinauf, bis zum vierten Stockwerk schleppte und die Rettung unmöglich machte. Als Kaiser Franz Josef auf dem Brandplatze an den Oberbürgermeister die Frage richtete: „Weshalb sind die Rettungsarbeiten nicht gelungen?“ gab der Oberbürgermeister die wahrheitsgemäße Antwort: „Weil die Feuerwehr-Requisiten unzureichend waren.“ So ist's. Die reiche Stadt Budapest, die Vizekönigin von zweihundert Millionen, die mächtige Steuereintreiberin, hat eine halb-leere Feuerlösch-Requisitenkammer. Auch über Wassermangel wurde geklagt. Wie ist dies möglich dort, wo sich, wie auf der Kerepesi-ut, ein Hauptrohr der Wasserleitung hinzieht? — Einen Beweis für die entsetzlichen Seelenqualen, von denen die in dem brennenden Gebäude Eingekerkerten gefoltert wurden, bildet der Zustand des Kaufmanns Josef Gläd, eines Inhabers des Unglücks-Hauses, der sich dadurch rettete, daß er in das Klosett seiner Wohnung flüchtete, ein Rohr der dortigen Wasserleitung erbrach, das ausströmende Wasser über sich rieseln ließ und auf diese Weise der infernalischen Hitze widerstehen konnte, bis er gerettet wurde. Der Ärmste hatte so fürchterliche Qualen der Angst auszustehen, daß er in der Verzweiflung sich das Fleisch von den Fingern nagte, die nun von den Wunden förmlich zerfleischt sind.

Bei dem großen Unglück, das sich vor kurzem auf dem See Pihajärvi in Finnland ereignete und bei dem, wie berichtet wurde, 18 Menschen ertranken, spielten sich, wie aus Gelsingfors berichtet wird, fürchterliche Szenen ab. Der Dampfer „Aino“ schleppete einen Prähm, der ebenso wie der Dampfer selbst gedrängt voll von Strömungsbesuchern war, die sich auf dem Heintwege befanden. Als nun der Dampfer eine scharfe Wendung machte, erhielt der Prähm einen solchen Aufschlag, daß die Stützen des hölzernen Sonnenbades, auf dem gleichfalls eine Menge Personen, meistens junge Mädchen und Jungen, Platz genommen hatten, brachen, worauf die oben befindlichen Menschen herunterfielen. Etwa vierzig davon fielen ins Wasser. Da auf beiden Fahrzeugen eine Panik ausbrach, dauerte es einige Zeit, ehe der Dampfer ein Boot auslegte und Rettungsmaßregeln ergreifen wurden. Unterdessen kämpften die im Wasser Liegenden einen verzweifelten Kampf. Ein geschickter Schwimmer wurde von zwei jungen Mädchen, die sich an ihn klammerten, in die Tiefe gezogen. Wunderbar war die Rettung eines Säuglings. Er schwamm auf dem Wasser, während die Mutter ertrank, und konnte rechtzeitig herausgeholt werden. Das Bergen der Leichen konnte nur zum Teil durchgeführt werden, da die Bevölkerung eine außerordentliche Furcht hat, tote zu berühren. Einer der herausgehobenen Männer hatte ein Messer in der Hand. Zwei Schwefelstern hielten sich fest umschlungen. In dieser Stellung waren sie in den Tod gegangen. Durch das Herabstürzen der Menschen in den unteren Raum des Prähms erlitten zahlreiche Passagiere schwere Verletzungen. Der Boden und die Wände des Fahrzeuges waren mit Blut bedeckt.

Eisenbahnunglück in Rußland. Der „Kowoje Brestja“ zufolge entgleiste gestern infolge böswilliger Entfernung von Schienenstrahlen ein Personenzug der Südweserbahn unweit der Station Fastow. Der Raschmistr und ein Kondukteur wurden getötet und acht Fahrgäste leicht verletzt.

In Dresden ist gestern die neunte Hauptversammlung des Vereins deutscher Straßen- und Kleinbahn-Verwaltungen abgehalten worden.

Marktpreise von Berlin am 26. August 1903

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.

Weizen, gut D.-Gr.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		Rindfleisch, Rente 1 kg		Schweinefleisch		Kaltfleisch		Hammelfleisch		Butter		Eier		Kartoffeln		Hale		Zucker		Brot	
16,10	16,08	16,08	16,04	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
16,06	16,04	16,02	16,00	1,40	1,00	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
13,15	13,13	13,11	13,09	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
13,11	13,09	13,07	13,05	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
14,50	13,70	13,60	12,80	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
12,70	12,60	16,60	15,40	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
15,30	14,10	14,00	12,90	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
4,18	3,92	6,70	4,70	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
40,00	25,00	50,00	25,00	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40
60,00	20,00	60,00	20,00	1,80	1,20	1,60	1,20	1,80	1,20	1,80	1,20	2,00	2,00	60 Stück	4,00	2,60	1,40	2,60	1,40	3,00	1,20	2,40	1,40

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Eingegangene Druckchriften.

Die „Socialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19, Beuthstr. 2) haben soden das September-Heft ihres 9. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Janas Auer: Zum socialdemokratischen Parteitag in Dresden. — Eduard Bernstein: Der neue Reichstag und die Aufgaben der Socialdemokratie. — Wolfgang Heine: Utopien. — Dr. Eduard David: Zu Rautenfelds Kritik meines Agrarprogramms. — Paul Kampfmeyer: Der Klassenkampf und der Kulturfortschritt. — Max Schöppel: Die Zukunft der Reichsbewegung und der englisch-kanadische Streitfall. — Dr. Konrad Schmidt: Ueber die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants. — Eugene Jourdain: Charles Longuet. — Dr. Hugo Lindemann: Die deutsche Städte-Ausstellung. — Wirtschaft von Max Schöppel. — Politik von Richard Calmer. — Socialpolitik von Paul Kampfmeyer. — Sociale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Socialistische Bewegung von Dr. Ladislav Gumplowicz. — Gewerkschaftsbewegung von Paul Lindbreit. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Geistliche Bewegung von S. Rosenstein. — Frauenbewegung von Henriette Fuchs. — Bücher von Paul Kampfmeyer. — Das Heft enthält ein Portrait des kürzlich verstorbenen französischen Socialisten und Mitgliedes der Pariser Kommune Charles Longuet. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf.; vierteljährlich 1,50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage und durch jede Postanstalt (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 7425), ferner direkt durch den Verlag der „Socialistischen Monatshefte“, Beuthstr. 2, Berlin SW. 19 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenerm Couvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

